

# Wiener Landtag

19. Wahlperiode

17. Sitzung vom 6. November 2012

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3
2. 03740-2012/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landtages durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Gerechtigkeit für Wiens Seniorinnen und Senioren unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen und landesvollzieherischen Rechtsgrundlagen wie insbesondere Pensionsordnung, Valorisierungsgesetz (Wiener Stadtverfassung), Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz, Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse festgestellt wird, Vertragsbedienstetenordnung 1995, Wiener Landarbeitsordnung 1990 oder Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Wohnbeihilfe!"		4. 03740-2012/0001-MDLTG: Debatte zum Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zu unter Punkt 2. genanntem Thema betreffend Gerechtigkeit für Wiens Seniorinnen und Senioren Begründung durch Abg Johann Herzog Rednerinnen bzw Redner: Abg Ingrid Korosec Abg Dr Monika Vana Abg Dr Wolfgang Aigner Abg Ing Christian Meidlinger Abg Ing Bernhard Rösch StRin Veronika Matiassek Abg Anton Mahdalik Abg Senol Akkilic Abstimmung	S. 3 S. 7 S. 10 S. 12 S. 14 S. 18 S. 20 S. 22 S. 23 S. 23



(Beginn um 11.04 Uhr.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wünsche einen wunderschönen Vormittag und ersuche, die Plätze einzunehmen!

Die 17. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet. Entschuldigt für heute ist Herr Abg Dipl-Ing Al-Rawi, er ist dienstlich verhindert, ebenso Herr Univ-Prof Dr Eisenstein, ebenso Herr Abg Dipl-Ing Stiftner. Der Herr Abg Mag Gudenus ist bei der Klubobleutekonferenz der FPÖ. Die Frau Abg Ing Leeb befindet sich im Ausland. Die Frau Abg Frank ist auf Urlaub, die Abgen Seidl und Mag Wutzlhofer sind auf Urlaub und Abg Mag Dr Wansch ist krank. Herr Abg Ekkamp ist wegen eines Gerichtstermins bis 12 Uhr entschuldigt. (Abg Franz Ekkamp: *Ich bin schon da!*) Ist schon da, alles schneller gegangen, als geglaubt. Herr Abg Lindenmayr ist bis 12.30 Uhr für einen Arzttermin entschuldigt. Ich glaube aber, er ist auch schon da, ich sehe ihn auch schon, alles früher erledigt. Der Herr Abg Mag Kowarik ist bis 12 Uhr dienstlich verhindert. (*Lautes Plenum.*)

Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen ... Darf ich Sie um etwas Ruhe bitten? Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Gerechtigkeit für Wiens Seniorinnen und Senioren unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen und landesvollzieherischen Rechtsgrundlagen wie insbesondere Pensionsordnung, Valorisierungsgesetz – Klammer: Wiener Stadtverfassung -, Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz, Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse festgestellt wird, Vertragsbedienstetenordnung 1995, Wiener Landarbeitsordnung 1990 oder Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Wohnbeihilfe!“ eingebracht. In Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurde zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und Dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Die Abgen Strobl, Mag Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp, Mag Reindl, Dipl-Ing Schicker, Dr Stürzenbecher, Abg Yilmaz und Dipl-Ing Margulies haben am 29. Oktober 2012 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Tourismusförderung in Wien, Wiener Tourismusförderungsgesetz, LGBl für Wien Nr 13/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien Nr 23/2012 eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

Herr Abg Dkfm Dr Aichinger und Frau Abg Korosec haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Entwurf eines Wiener Seniorengesetzes eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung und als Erstredner hat sich Herr Zweiter Präsident Herzog zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass seine Gesamtredzeit, Begründung und Erstredner, 40 Minuten beträgt. Ich darf Sie um Ihre Worte bitten.

Abg Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Die heutige Besprechung dient dem Titel „Gerechtigkeit für Wiens Senioren“. Ich glaube, ein ganz wesentliches Thema. Wenn ich richtig informiert bin, dann benützt die SPÖ in der Öffentlichkeit gerne den Begriff Gerechtigkeit. Wir würden ja gerne helfen, mit unseren Anträgen dafür Sorge zu tragen, dass diese Gerechtigkeit auch in der praktischen Politik verwirklicht wird (*Beifall bei der FPÖ.*), verwirklicht wird zum Wohle der sozial Schwachen dieser Stadt, und das sind nun einmal zum großen Teil Pensionisten, die älteren Mitbürger, also die Senioren und Seniorinnen unserer Stadt. Die Senioren generell, aber besonders die mit niedrigem Einkommen, sind natürlich im Wesentlichen durch massive Kostenbelastungen bedroht. Auf der einen Seite vor allem durch Energiepreise, das Wohnen hat sich massiv verteuert und die Pensionen sind laufend kleiner geworden. Das heißt also, die Situation ist für viele eine ausgesprochen schlechte. Zum letzten Mal sind die Pensionen im Sinne des Verbraucherpreisindex, der ja auch wiederum nicht der Teuerung entspricht, wie man sagen muss, 2009 wirklich angehoben worden. Seither hat es nur Teilerhöhungen gegeben und unterschiedliche Behandlungen der verschiedenen Pensionisten durch Abstufungen bei der Auszahlung der sowieso nicht voll erhöhten Pensionen im Sinne der Inflationsrate.

Und wenn man sich das anschaut, welche Folgen das hat, ist das für die ärmeren Mitbürger natürlich eine Katastrophe.

Die „Salzburger Nachrichten“ vom 31.10. titeln in der Überschrift, ganz Österreich betreffend natürlich, nicht nur Wien: „313 000 Arme leben in kalten Wohnungen. 20 Prozent mehr Menschen suchen Hilfe. Wohnraum und Heizkosten werden zu Luxusgütern.“ Weiters wird gesagt: „Wenn es kalt ist, drehen sie nicht die Heizung auf. Sie ziehen eine Winterjacke oder Handschuhe über, damit sie nicht in ihren eigenen vier Wänden frieren müssen. Rund 318 000 Menschen in Österreich fehlt das Geld, um ihre Wohnung angemessen heizen zu können, und ihre Zahl steigt.“

In Wien weigern sich die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag, den Heizkostenzuschuss endlich zu erhöhen. Ein kleiner Betrag wird für eine Heizsaison zur Verfügung gestellt. Wir haben oft genug die Verdoppelung gefordert. Das wurde immer wieder von den Sozialisten und in der letzten Zeit auch von den GRÜNEN abgelehnt. Deshalb muss man sagen, dass sich Alte und sozial Schwache also gut überlegen müssen, mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen und die ihnen als Heizkostenzuschuss von der rot-grünen Mehrheit dieser Stadt zur Verfügung gestellt werden, die Heizung aufzudrehen oder den Ofen anzumachen. Sie müssen unter Umstän-

den leider in der Kälte ausharren. Das ist ein unhaltbarer Zustand, ein unsozialer Zustand, der dringendst beseitigt gehört. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der nächste Punkt ist die Miethöhe, die Wohnkosten. Da ist die Miethöhe das eine. Aber das andere, und ich glaube, das ist das fast Wesentlichere, sind die Aufwendungen für Wohnkosten, die in der letzten Zeit beziehungsweise seit Jahren massiv gestiegen sind. Gemeinsam mit den Heizkosten, also mit den Energiepreisen, sind sie die Haupttreiber der Inflation in Österreich. Schuld an diesen massiven Erhöhungen der Wohnkosten tragen die Sozialisten, weil die Aufwendungen für Betriebskosten oder Wohnkosten ganz allgemein durch die Gebührenpolitik der Regierung von Rot-Grün massiv gestiegen sind. Die Valorisierung sorgt regelmäßig dafür, dass eine schleichende Preiserhöhung stattfindet, die den betroffenen Bürgern nicht abgegolten wird. Die Energiepreise der Wien Energie sind ganz eindeutig zu hoch. Von der Energieagentur wird festgestellt, dass die Preise um mindestens 10 Prozent zu hoch angesetzt sind. Eine soziale Politik, meine Damen und Herren, schaut anders aus! Und was die Gebühren betrifft, hat sich da im letzten Jahr ja doch einiges getan. Wir haben insgesamt, das wird als Nächstes dann in der allgemeinen Debatte übernächste Woche zur Sprache kommen, 45 Belastungspunkte aufgelistet. Ich will nur einige daraus hervorheben:

Da ist einmal die Erhöhung des Spitalkostenbeitrages, der erfolgte mehrfach. Die Erhöhung der Gebühren der Wiener Rettungs- und Krankentransporte ebenso. Und die Ambulatoriumsbeiträge sind ebenfalls mehrfach erhöht worden. Das ist alles das, was die ältere Generation besonders trifft. Dann was die Wohnung betrifft: Erhöhung des Kehrtarifes. Erhöhung des Gaspreises um 9,8 Prozent am 1. April 2011 und nochmals am 1. Oktober 2011 um 5,3 Prozent, wodurch sich eine Erhöhung von 16 Prozent ergibt. Erhöhung des Fernwärmetarifes das erste Mal im September 11 um 8,2 Prozent und ein zweites Mal kommt dann noch. Dann die Erhöhung der Müllgebühren, die Erhöhung der Kanalgebühren. Die Erhöhung der Wassergebühren haben wir ja massiv diskutiert. Das ist ganz klar, dass hier eine Erhöhung um 33 Prozent ein ungeheuerlicher Vorgang ist. Die Erhöhung der Hundeabgabe um 65 Prozent ist etwas, was die älteren Menschen, die ja oft nur mehr ein Tier haben, wenn sie alleine leben, wirklich trifft. Und es ist bedauerlich, dass man sich hier das Geld holt. Weiters Änderung der Tarife der Wiener Linien und die zweite Erhöhung des Fernwärmetarifes um 7,9 Prozent. Das alles trifft die Senioren und sozial Schwachen ganz besonders.

Aber grundsätzlich muss man feststellen, dass das Belastungspaket etwas ist, das alle trifft, selbstverständlich, aber ganz besonders die Kleinbezieher von Pensionen. Wir schlagen daher ganz eindeutig vor, dass die Wohn- und Betriebskosten, also nicht die Betriebskosten, die so hoch sind, sondern die Wohnkosten also solches in die Wohnbeihilfen einzubeziehen sind. Wir haben entsprechende Anträge gestellt, die natürlich von der rot-grünen Mehrheit immer abgelehnt wurden. Die Energiepreise für Strom und Gas sind deutlich zu senken und

Wien Energie hat es wirklich nicht nötig, dass sie Gewinne auf Kosten der sozial Schwachen macht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gebührenstopp und Abschaffung der Valorisierung sind Forderungen, die die Opposition oft genug gestellt hat, die aber leider abgelehnt wurden und die eine der Hauptgründe sind, warum die Menschen mit wenig Einkommen immer mehr in die Bredouille kommen.

In Wien haben wir in etwa 350 000 Senioren über 60 Jahre und viele von ihnen haben ein Altersproblem. 129 635 Sozialhilfebezieher sind es in Wien im Jahr 2010 gewesen. Jedes Jahr war eine Zunahme von rund 5 000 Personen zu vermerken. Im Jahre 2000 sind es nur 65 795 gewesen und im Jahr 2010 129 635, das heißt, die Armut in Wien hat sich verdoppelt. Ein unhaltbarer Zustand und dem ist Abhilfe zu schaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ausgleichszulagenbezieher in ganz Österreich – eine Wiener Zahl habe ich nicht gefunden – sind 238 242 gewesen, davon ganz überwiegend Frauen in der Zahl von 162 000. Hier Veränderungen herbeizuführen und die Grundlagen für die Armut zu beseitigen, wäre etwas, was eine große Aufgabe für eine sozialdemokratische und grüne Mehrheit in Wien wäre. Wir werden uns bemühen, durch unsere Anträge immer wieder darauf hinzuweisen und irgendwann die Sozialisten dazu bringen, diesen Dingen auch zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Neben den geringen Einkünften aus Pensionen haben die sozial Schwachen natürlich auch noch, so wie alle anderen Mitbürger, daran zu leiden, dass ein massiver Wertverlust des Euro eingetreten ist. Seit Gründung des Euro ist die Kaufkraft des Euro massiv abgesunken und davon werden natürlich in erster Linie die sozial Schwachen ganz massiv getroffen. Seit der Einführung des Euro im Jahre 2002 haben sich die Einkommen auf Grund der Inflation klar nach unten entwickelt. Laut Wirtschaftskammer Österreich und Statistischem Zentralamt hat es hier seit 2002 eine Einkommensverringerung um 22,5 Prozent gegeben, 22,5 Prozent weniger Kaufkraft im Vergleich zum Jahr 2002! Im Jahr 1990 wurde die Preisentwicklung mit 100 angesetzt, 2002 war sie 131 und 2012 161,1. Das sind für mich 22,5 Prozent Wertverlust.

Interessant ist auch eine andere Sache. Die UBS, also die United Bank of Switzerland, hat eine europaweite Studie über die Einkommensentwicklung im Euroraum erstellt, und mit ganz interessanten Ergebnissen. In den letzten 10 Jahren sind laut UBS die Einkommen in Österreich in diesem Fall bis 35 Prozent, muss man sagen, gesunken, unterschiedlich verteilt auf Bevölkerungsgruppen. Es wird ja oft behauptet, dass die Einführung des Euro Österreich so genützt habe. Die Schweizer Großbank UBS hat die inflationsbereinigten Einkommen von elf Ländern untersucht und zieht einen gegenteiligen Schluss: Die österreichischen Einkommen sind in den vergangenen 10 Jahren quer durch alle sozialen Schichten zurückgegangen, jene der Ärmsten am stärksten mit bis zu 35 Prozent. Deutliche Zuwächse in Europa gab es dagegen in Griechenland, Spanien und Portugal, auch für die dortigen Einkommensschwachen. Es sei ihnen

vergönnt, aber ich möchte schon feststellen, das Geld dazu fließt aus unserem Land, aus Österreich, auch aus Deutschland und Holland, hinunter und verringert unser Vermögen und unseren Wohlstand. Untersucht wurden die realen inflationsbereinigten Einkommen, die für den privaten Konsum zur Verfügung stehen. Sie sagen nun: „Während der vergangenen 10 Jahre hat die Inflationsungleichheit zugenommen. Güter und Dienstleistungen, die von ärmeren Haushalten angeschafft werden, haben sich tendenziell stärker verteuert als Güter und Dienstleistungen, die von einkommensstarken Haushalten nachgefragt werden.“ Das bedeutet konkret, dass in Österreich die ärmsten Haushalte am stärksten verloren haben. Dagegen ist es bei den anderen nicht so stark. Anders als in der Mehrzahl der anderen Länder haben in der Alpenrepublik aber alle Einkommensgruppen verloren. Das ist in anderen Ländern offensichtlich anders.

Dann weiters: „Durch die Veränderungen in den Einkommen wird eine langsame Annäherung der Einkommen in der Eurozone herbeigeführt.“ Genau das ist es, was das offensichtliche Ziel auch der österreichischen Bundesregierung ist: Einen Ausgleich der Europäischen Union vermögensmäßig herbeizuführen. Das heißt, unsere rot-schwarze Regierung nimmt selbstverständlich in Kauf, dass die österreichischen Vermögen und Einkommen absinken, damit andere zunehmen, eine Sache, die wir nicht unbestritten zur Kenntnis nehmen.

Dazu kommt noch, dass die Pensionsentwicklung für Senioren eine deutlich unterschiedliche gewesen ist und eine nicht besonders gute. Das letzte gute Jahr war 2009. Da wurden die Pensionen um 3,4 Prozent erhöht, 2010 waren es nur mehr 1,5 Prozent und im Jahr 2011 gab es allgemein 1,2 Prozent und für höhere Pensionen 0 Prozent. Dazu muss man sagen, dieser Begriff höhere Pensionen ist ja ein eigenartiger. Eine höhere Pension beginnt offensichtlich bei 2 000 EUR bis 2 200 EUR brutto und das ist im Grunde genommen ja auch nicht so, dass man da üppig leben kann und von hoher Pension reden kann. Und dadurch, dass immer oder oft genug die Erhöhungen unter der normalen Erhöhung der Pensionen gelegen sind, die sowieso schon nicht die Inflationsrate abgedeckt haben, teilweise Nulllohnstunden waren oder Einmalzahlungen erfolgt sind, ist damit im Grunde genommen ein massiver Vermögensverlust der sogenannten höheren Pensionsbezieher erfolgt. Eine kalte Enteignung ist das und sonst gar nichts! *(Beifall bei der FPÖ.)* Und 2012 wurden die Pensionen zwischen 1,5 und 2,7 Prozent erhöht. Allerdings muss man darauf hinweisen, der Verbraucherpreisindex ist ja nicht der Wert an sich. Das ist ein Wert, der erstellt wird, keine Frage, der aber nicht unbedingt dem Gebrauch des täglichen Lebens entspricht. Es gibt aber den Warenkorb der Arbeiterkammer, der den täglichen Bedarf bedeckt und abdeckt, und da sind wir die längste Zeit bei 7 Prozent gelegen. Zur Zeit werden 4,3 Prozent angegeben. Das heißt, auch hier liegen die tatsächlichen Inflationsraten für den täglichen Bedarf der Menschen in diesem Land und in dieser Stadt deutlich über dem, was angeboten wird, und auch über dem Verbraucherpreisindex von 2,8 Prozent. 2013 werden nun die Dinge so laufen, dass

vielleicht, wenn wir es nicht verhindern können, eine Inflationsrate von 2,8 Prozent vorliegt und die Vereinbarung der Bundesregierung sieht vor, dass die Pensionen des ASVG um minus 1 Prozent gesenkt werden. Das heißt, der Pensionsbezug liegt bei 1,8 Prozent verglichen mit 4,3 Prozent Inflation des täglichen Bedarfes. Ein wirklich bedauerlicher Zustand! Und die Bundesbediensteten sollen überhaupt leer ausgehen! Das heißt, die Pensionen, aber auch die Aktivbezüge der Beamten und Vertragsbediensteten werden auf null gestellt und wir werden sehen, ob diese Dinge wirklich durchgeführt werden. Wir halten das alles in allem für einen unhaltbaren Zustand, weil es doch wohl nicht sein kann, dass in einer Zeit, wo sowieso der Wertverlust des Euro gegeben ist, nicht zumindest ein Verbraucherpreisindex von 2,8 Prozent die Regel sein sollte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Bundeszuschuss ist auch ein Thema. Man las in der letzten Zeit, dass der Bundeszuschuss für 2013 auf 18 Milliarden EUR anwachsen würde. Das wird so sein und wir werden sehen, wie sich die Zahl wirklich entwickelt. Aber es ist festzustellen, dass in diesem Zusammenhang beim Bundeszuschuss mit falschen Zahlen und mit falschen Karten gespielt wird. Es ist einfach nicht wahr, was hier behauptet wird. Prof. Marin, einer der großen Trommler dieser 18 Milliarden und ein heftiger Bekämpfer der Höhe des Bundeszuschusses, auch Ratgeber von Minister Hundstorfer, hat hier diese Dinge bedauert und natürlich gesagt, das muss gesenkt werden und Ähnliches mehr. Was er nicht gesagt hat, ist erstens, in den 18 Milliarden sind massiv pensionsfremde Lasten enthalten. Es ist bei Weitem nicht so, dass hier nur Pensionszahlungen erfolgen und diese Pensionszahlungen einen Zuschuss von 18 Milliarden EUR benötigen, ganz im Gegenteil. Ein Drittel dieser 18 Milliarden, in etwa ein Drittel wird geschätzt, entfallen auf andere Leistungen als Pensionsleistungen. Das sind vor allem die Ausgleichszulagen und des Weiteren auch alle möglichen Gesundheitsmaßnahmen wie Kuren, Gesundheitsbehandlungen und Ähnliches mehr, lauter Dinge, die nicht Thema einer Pensionsversicherung sind, die ihr nicht zugeordnet werden sollten, sondern wo man ganz eindeutig sagen muss, das ist Sozialpolitik. Das wäre aus einem Sozialtopf zu bezahlen und damit wären schon ein wesentlicher Punkt und ein wesentlicher Teil der angeblichen 18 Milliarden beseitigt. Das heißt also, es wird hier mit fremden Kosten gearbeitet. Es werden einige Milliarden einfach hineingerechnet und es wird dem Bürger nicht gesagt, dass das hier im Grunde genommen nicht stimmt. Weiters die Beamtenpensionen. Von den 18 Milliarden werden für 2013 dafür 8,7 Milliarden als Zuschuss angegeben. Aber die Beamtenpensionen des Bundes werden, soviel ich weiß, aus dem laufenden Budget bezahlt und ebenso werden natürlich auch die Einnahmen aus den Pensionsbeiträgen der Beamten ebenfalls ins laufende Budget eingespeist. Das heißt also, es sind nicht die besagten 8,7 Milliarden, die der Zuschuss sind, sondern man müsste sich endlich die Mühe machen und Wahrheit betreiben, indem man sagt, der Bundeszuschuss für Beamte beträgt eben nur die Differenz zwischen Beitragseinnahmen der Beamten auf

der einen Seite und der Pensionsauszahlung auf der anderen. Ich kann die Zahlen nicht beziffern, aber von 8,7 Milliarden kann nicht die Rede sein. Es sind die 18 Milliarden, von denen hier die Rede ist, mit Sicherheit eine Falschdarstellung sowohl, was die fremden Kosten betrifft, die einige Milliarden ausmachen, wie auch die falsche Darstellung und Einrechnung der Bundespensionen in die Gesamtsumme. Man müsste sagen, da sollen sich auch der Bund und die öffentliche Hand bereiterklären, eine eigene getrennte Aufstellung zu machen, eine eigene wirkliche Versicherungsleistung zu erbringen und nicht aus dem Budget zahlen und dann behaupten, dass die Pensionisten so viel kosten. Die Darstellung des Bundeszuschusses ist eine glatte Verfälschung. Senioren und Pensionisten werden in diesem Land als Budgeträuber dargestellt und das ist eine Schande! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Interessant ist natürlich auch die Politik, die zur Zeit vom ÖGB, vom Gewerkschaftsbund, betrieben wird. Wir haben einen wesentlichen Vertreter hier auf der Bank sitzen. Im Jahre 2012 ist das Motto, die Lohnverhandlungen stehen unter dem Titel „Sicherung der Kaufkraft“. Und das ist ein interessanter Punkt, den wir durchaus unterstützen können, kein Frage. Wir sind auch der Meinung, dass hier ein richtiger Schritt vom ÖGB beschrritten wird. Im „Morgenjournal“ vom 24.10. wurden mehrere befragt, unter anderem auch von der Gewerkschaft der Privatangestellten der Herr Proyer, und es wurde gesagt, die Gewerkschaft hat heuer die Sicherung der Kaufkraft als Schwerpunktthema für die Kollektivvertragsverhandlungen festgelegt. Weiters sagt der Herr Proyer: „Wenn wir irgendwas gelernt haben in der 2008/2009-Krisensituation, dann das, dass wir die gleiche Einkommenspolitik weiter betreiben müssen, das heißt, auch in schwierigen Zeiten kontinuierliche und gute und hohe Abschlüsse für den Konsum und das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaft sichern. Ziel ist also einerseits, die inflationsbedingten Verluste der Kaufkraft abzufangen, aber auch der Wirtschaft Luft zum Atmen zu geben.“ *(Beifall bei der FPÖ.)* Eine völlig richtige Darstellung, die wir nur unterschreiben können. Und es ist mir völlig unverständlich, dass sich so eine Bundesregierung wie auch die Wiener Regierung aus Rot-Grün weigert, diesem Grundsatz Folge zu leisten, sodass Sie bereit sind, Ihren Bediensteten eine Nulllohnrunde aufzuzwingen und letzten Endes ebenso auf der Ebene der Beamten und der Vertragsbediensteten an den Bund natürlich eine Nulllohnrunde beziehungsweise 1,8 Prozent anzubieten. Das ist für den Großteil der Betroffenen ein herber finanzieller Verlust, ein untragbarer Verlust, der eine deutliche Minderung der Lebensqualität zur Folge haben muss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am 23.10. am Abend wurde der ÖGB-Präsident Foglar im Studiogespräch befragt. Der hat einmal festgestellt, dass die Löhne zu den letzten gehören, die in den 12 Jahren weiß Gott wie aufgestiegen sind und sicherlich nicht zu den Inflationstreibern gehören.

Er sagt des Weiteren, wie der ÖGB zur Lohnpolitik steht: „Wir machen ganz einfach eine Lohnpolitik, die höchst verantwortungsbewusst ist, die den Menschen die

Kaufkraft sichert und einen gerechten Anteil an Erwirtschaftetem dazu verhandelt. Man muss das Gesamte im Auge haben. Wenn man sich die Arbeitskosten anschaut, hat Österreich einen vernünftigen Wert.“ Diese Einstellung des Präsidenten, hoffe ich, wird auch bei der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Platz greifen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten kuscht und eine Nulllohnrunde in Kauf nimmt. Das kann ich mir nicht vorstellen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Des Weiteren geht Präsident Foglar dann auf die Benya-Formel ein und sagt, dass sie weiterhin im Mittelpunkt der Überlegung stehen muss, das heißt also, Produktivitätsfortschritte und Inflationsabgeltung in einem. Das ist in etwa das, was als Benya-Formel geprägt wurde und das die Lohnpolitik in diesem Land bestimmt hat, zum Guten teilweise, zum allergrößten Teil zum Guten. Und es wäre unverständlich, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit hier im Haus oder Rot-Grün natürlich beziehungsweise eine rot-schwarze Bundesregierung von diesen selbstverständlichen Zielen einer österreichischen Politik durch Jahrzehnte abweicht und den Bürgern, die für sie arbeiten, ihren Mitarbeitern den gerechten Lohn verweigert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Sicherung der Kaufkraft muss daher auch für den öffentlichen Dienst gelten, gar keine Frage, und für die Bediensteten und selbstverständlich für die Pensionsbezieher. Ich möchte nur feststellen, wenn wir noch einmal zu den 18 Milliarden zurückkehren, wenn man diese ganzen Zahlen rausnimmt, die nicht hineingehören, dann bleibt ja nicht so viel übrig. Man muss feststellen, 92 Prozent der Pensionen sind beitragsgedeckt, das heißt, der allergrößte Teil ist ausgeglichen. Es gibt also gerade zwei Versicherungen, die in der Schieflage sind, das sind die Bauern auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Gewerbetreibenden. Aber grundsätzlich ist die Pensionsversicherung ausgeglichen. Und würde man sie von Fremdlasten befreien und eine Kostenwahrheit betreiben, indem man dort die Kosten kassiert, wo sie hingehören, nämlich in der Sozialpolitik, dann wäre die Situation noch eine wesentlich bessere. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben daher eine Reihe von Anträgen zu stellen, bekannt sind sie schon, drei Anträge, die sich mit der Finanzlage und der Kaufkraft von Berufsgruppen beschäftigen. Der erste Antrag betrifft die Sicherung der Kaufkraft für die pensionierten Beamten Wiens und lautet:

„Der Wiener Landtag fordert die Landesregierung auf, mittels Verordnung im Sinne des § 73e Abs 5 der Pensionsordnung 1995, PO 1995, die jährliche Pensionserhöhung entsprechend neu zu regeln und eine den Kaufkraftverlust deckende Gehaltsanpassung zumindest der Höhe des VPI, des Verbraucherpreisindex, festzulegen.“

Der Antrag ist so gefasst, dass er nicht nur für das Jahr 2013 gelten soll, sondern selbstverständlich auch für die Jahre danach. Ich glaube, er ist ein Erfordernis der sozialen Gerechtigkeit. Und wenn die Sozialisten und die GRÜNEN das nicht nur im Mund führen, sondern auch verwirklichen, werden sie dem Antrag zustimmen

müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der zweite Beschlussantrag betrifft die Sicherung der Kaufkraft für die pensionierten Vertragsbediensteten Wiens und stellt fest:

„Der Wiener Landtag ersucht die Bundesregierung, für pensionierte Vertragsbedienstete eine den Kaufkraftverlust deckende Gehaltsanpassung in Höhe von mindestens 2,8 Prozent zu veranlassen, wodurch auch die Form als im Dienste der Gemeinde Wien gestandenen Vertragsbediensteten in eine solche Pensionsanpassung einbezogen werden können.“

Auch das ist ein wichtiger Punkt, der, wenn er nicht verwirklicht wird, der Armut in Wien massiv Auftrieb verleihen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und der dritte Antrag betrifft nicht einmal die Senioren, sondern schlicht und einfach die Tatsache, dass es ein Unding ist, eine massive Ungerechtigkeit, wenn man den Bediensteten der Stadt Wien, die sich hier Jahr und Tag für das Wohl der Stadt einsetzen, Erhöhungen, Kaufkraftsicherheit verweigert und damit auch eine Gehaltserhöhung. Wir verlangen daher die Sicherung der Kaufkraft für die Beamten und die Vertragsbediensteten Wiens, eingebracht in der heutigen Sondersitzung, und der Antrag lautet:

„Der Wiener Landtag ersucht die Wiener Landesregierung, für die im aktiven Dienst stehenden Beamten und Vertragsbediensteten Wiens eine den Kaufkraftverlust deckende Gehaltsanpassung in der Höhe von mindestens 2,8 Prozent zu beschließen.“

Auch das ist im Sinn einer sozialen Gerechtigkeit eine wirkliche Notwendigkeit und ich würde mich freuen, wenn die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten auch dieser Meinung ist und sich daher unserer Meinung anschließt und unserem Antrag zustimmt. Ich bin schon sehr neugierig, wie der Vorsitzende in diesem Punkt agieren wird. Wir werden das natürlich gerne und überall in der Öffentlichkeit bekannt machen, was der gute Mann macht oder nicht macht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das wird jetzt ganz wesentlich sein, denn Gerechtigkeit als politische Kategorie wird nur dann Platz greifen, wenn alle davon betroffen sind und nicht eine Teile-und-Herrsche-Politik betrieben wird, in der ein Teil was bekommt und die anderen nicht und hier Ungerechtigkeiten geschaffen werden, die das soziale Klima dieses Landes massiv stören würden und vor allem, was die ärmeren Schichten, vor allem eben die Senioren betrifft, eine massive Armutsverdoppelung im Laufe der Zeit herbeiführen wird, mit der wir jetzt bereits konfrontiert sind. Ich habe ja gesagt, im Vergleich mit vor zehn Jahren hat sich die Armut in Wien verdoppelt, wie man aus den Zahlen diverser Ausgleichszulagenbezieher ersehen kann. Daher Gerechtigkeit für Wien, Gerechtigkeit für die Senioren und auch Gerechtigkeit für die Mitarbeiter dieser Stadt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Für die folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für die Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Korosec zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Präsident Herzog, Sie haben heute drei Anträge eingebracht, eben die 2,8 Prozent Pensionserhöhung und keine Nulllohnrunde und ich kann nur sagen, es wäre wünschenswert, wenn man das annehmen könnte und wenn wir es uns leisten könnten. Herr Präsident Herzog, Sie sind auch schon sehr lange in der Politik, Sie kennen die Rahmenbedingungen und daher wundere ich mich, dass Sie meinen, wir können uns das leisten. Das Märchen, der Staat könne ständig mehr ausgeben, als er einnimmt, das ist schön langsam ausgeträumt *(Abg Johann Herzog: Die Metaller leisten es sich auch!)*. Und dieses Märchen haben viele Politiker, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa geträumt und wurden nun munter. Daher können wir aus Verantwortungsbewusstsein diese Anträge nicht mittragen und ich werde es näher erläutern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das Reformpaket der Bundesregierung von 28 Milliarden wurde ja nicht aus Jux und Tollerei gemacht, sondern da ist sehr, sehr lange verhandelt worden und alle Bevölkerungsgruppen tragen einen gewissen Anteil bei, und das sind auch eben die Senioren. Natürlich wäre es mir auch als Seniorenvertreterin recht, wenn die Senioren sehr gut beteiligt werden. Aber auch die Senioren haben verantwortungsbewusst zugestimmt, dass sie eben auch einen Anteil tragen, und das ist eben im Jahr 2013 1 Prozent unter der Inflationsrate der Pensionsanpassung und im Jahr 2014 um 0,8 Prozent weniger Anpassung. Die Ausgleichszulagenbezieher, also wirklich jene, wo eine Armutsbekämpfung notwendig ist, Herr Präsident Herzog, die werden die 2,8 Prozent erhalten. Also das kann ich Ihnen jetzt schon garantieren. *(Abg Johann Herzog: Und was sagt der Khol dazu?)*

Sehr geehrter Herr Präsident, ich muss Sie noch einmal ansprechen. Ich frage Sie: Ist es unseren Kindern, unseren Enkelkindern gegenüber gerecht, einen Haufen Schulden zu hinterlassen? Ist das verantwortungsbewusst oder ist es nicht gerecht, zeitgerecht zu sparen? Ich möchte gar nicht Griechenland anführen, ich habe heute in der Früh gehört, 25 Prozent Pensionskürzungen in Griechenland *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja und vorher wurden sie um 30 Prozent erhöht! – Abg Johann Herzog: Wir leben nicht im Vergleich!)* Aber lassen wir Griechenland weg, denken wir an Deutschland. In Deutschland war sechs Jahre keine Pensionsanpassung. Und Schweden, immerhin ein Land, das immer als besonders sozial gegolten hat, hat im nächsten Jahr eine Kürzung von 3,5 Prozent. Die Niederlande haben im nächsten Jahr eine Reduzierung von 8 Prozent. Das wollen wir alles nicht. Das heißt, daher müssen wir zeitgerecht schauen, dass es eben zu diesen Dingen nicht kommt und das hat die Bundesregierung sehr verantwortungsbewusst gemacht. Das ist auch der richtige Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zugegeben, das Paket ist hart, keine Frage, aber es ist ein Paket für die Zukunft. Und eines ist auch klar, dass man bei einem Paket von 28 Milliarden, die in irgendeiner Form hereingebracht werden müssen, nicht

Applaus von allen Seiten bekommt. Das ist ganz klar. Auch ich bin nicht mit allem einverstanden und ich bin überzeugt, jeder, den ich hier fragen würde, würde sagen, das hätte man vielleicht nicht machen können, sollen, vielleicht was anderes. Aber es ist letztendlich zu diesem Paket gekommen und es ist ein sehr engagiertes Paket und das ist umzusetzen und nicht aufzubinden. In dem Moment, wenn man einen Bereich herausnimmt, fällt das ganze Paket auseinander und das darf nicht sein, denn die nächsten Generationen, meine Damen und Herren, haben ein Recht darauf, dass wir ihnen Chancen vererben und nicht Schulden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich wundere mich, dass die FPÖ das offensichtlich anders sieht. Aber damit komme ich zu den Reformen bei den Pensionen. Gerechtigkeit bedeutet für mich nicht nur, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder einmal Pensionen erhalten, dass sie davon gut leben können, sondern das System muss finanzierbar sein. Meine Damen und Herren, wer heute in Österreich in Pension geht, ist im Schnitt 58 Jahre jung. Ich sage, jung, weil mit 58 Jahren kann mir niemand sagen, dass man alt ist. Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 81 Jahren hat dieser junge Pensionist, diese junge Pensionistin 23 Jahre in der Pension vor sich. Zum Vergleich *(Abg Johann Herzog: Sie sind seit vielen Jahren in der Regierung! Warum haben Sie das nicht geändert?)*, Herr Präsident, 1970 haben wir um 4 Jahre länger gearbeitet, also das heißt, bis 62. Die Lebenserwartung war 75 Jahre, das heißt, man hatte die Pension 13 Jahre. Und jetzt hat man sie 23 Jahre. Nachdem wir wissen, dass die Lebenserwartung weiter steigt, können wir uns ausrechnen, wie das weitergeht. Das heißt, auf Dauer ist dieses System nicht finanzierbar und ungerecht, ich sage es wieder, ungerecht gegenüber der Jugend. *(Abg Johann Herzog: Die Pensionskassen sind ausgeglichen!)* Das heißt, das Pensionsantrittsalter muss hinaufgesetzt werden, nämlich nicht das gesetzliche, sondern das faktische. Wenn alle mit dem gesetzlichen Pensionsalter in Pension gehen würden, hätten wir ein Nulldefizit, meine Damen und Herren! Und da müssen wir uns bemühen, dass da Veränderungen kommen. Und da gibt es natürlich eine ganze Reihe von Maßnahmen, die auch die Bundesregierung setzt, wo aber natürlich auch die Sozialpartner eingebunden sind. Daher geht das alles sehr, sehr langsam. Aber wir brauchen Attraktivität für längeres Arbeiten. Da gibt es so viele attraktive Modelle. Das muss kommen. Und die Invaliditätspension, das ist ein Rettungsanker, das soll ein Rettungsanker sein, aber das darf kein Schlupfloch sein, Hacklerpension und so weiter.

Nachdem wir ja in Wien sind und nicht im Bund, muss ich jetzt einmal zu Wien kommen und zum Pensionsparadies im rot-grünen Wien, wo ich eigentlich überrascht war, dass Sie das gar nicht angeschnitten haben. Bei der Pensionsreform 2004 mit einer umfassenden Pensionsharmonisierung war das einzige Bundesland, wo das nicht eins zu eins übernommen war, Wien. *(Abg Godwin Schuster: Weil wir die Brutalität der Bundesregierung nicht akzeptieren wollten! Das war der Grund!)*

Das heißt, erst im Jahr 2042 ist eine 100-prozentige Angleichung. Herr Kollege, wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, wenn wir von Solidarität sprechen, dann verstehe ich jetzt Ihren Zwischenruf nicht, absolut nicht. *(Abg Godwin Schuster: Ja, und wissen Sie, welche Auswirkungen das auf die Mitarbeiter egal, welchen Betriebes gehabt hätte?)* Alle in ganz Österreich, alle Seniorinnen und Senioren in Wien sind davon betroffen. Ist das Solidarität, gerade im Sinne der Sozialdemokraten? Das kann ich nicht verstehen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg Godwin Schuster: Aber das ist auch nicht Solidarität!)*

Schauen Sie, Herr Kollege, auch der Rechnungshof hat aufgezeigt, dass immerhin bis zum Jahr 2042 350 Millionen EUR hier unsolidarisch und ungerecht verteilt werden. *(Abg Godwin Schuster: Weil wir mit den Mitarbeitern der Stadt Wien verantwortungsbewusst umgehen!)* Herr Kollege, das ist bewusste Verzögerungspolitik! *(Abg Godwin Schuster: Nein!)* Das geht zu Lasten der Nachhaltigkeit und das geht zu Lasten der Versicherungsgerechtigkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und übrigens noch etwas. Das durchschnittliche Pensionsalter bei Frühpensionen in Wien ist 54 Jahre. Kommentar, glaube ich, überflüssig. Das ist unglaublich, Wien raubt somit der Jugend ihre Zukunft. Wo ist hier Gerechtigkeit? Wo ist hier Solidarität? *(Abg Johann Herzog: Hier ist anzusetzen, aber nicht bei der Kürzung der Pension oder bei der Nichterhöhung! Sie haben jahrzehntelang Zeit gehabt, das zu ändern! Sie waren in der Bundesregierung!)* Ja, aber das sind ja alles sozusagen Stellschrauben, dass wir in dieser Situation sind, Herr Kollege! *(Abg Johann Herzog: Sie haben aber jahrzehntelang Zeit gehabt, das zu ändern! Sie waren in der Bundesregierung!)* Es ist aber nicht ... Es wurde aber nicht geändert! Sie sehen, in Wien macht man ganz ... *(Abg Johann Herzog: Sie waren in der Bundesregierung!)* Ich spreche jetzt von Wien, wir sind ja in Wien und das ist eigentlich unsere Aufgabe. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Bundespolitik zu analysieren, sondern in erster Linie geht es darum, dass wir schauen, dass in Wien etwas in Ordnung kommt und da gibt es vieles, das in Ordnung zu bringen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Beispiel, und da bin ich ja wieder ganz bei Ihnen, Herr Präsident, werden in Wien schamlos die Gebühren erhöht, ob von Wasser, Müll oder Gas, die Hundesteuer, etwas, was für Senioren was ganz Wichtiges ist. Also ein Tier ist ganz, ganz wichtig für ältere Menschen. Oder Krankentransporte, wie Sie es auch angeführt haben. Für das Parkpickerl kassiert man und erzeugt Chaos. Ich habe mir das kurz durchgerechnet: Für das Jahr 2012 muss ein Wiener Seniorenhaushalt, ein Wiener, Betonung auf Wien, um 350 EUR mehr blechen, was nicht notwendig wäre, wenn man verantwortungsbewusst regieren würde. Und die Erhöhung dieser Gebühren entbehrt jeglicher Grundlage. Auch da haben wir den Rechnungshofbericht, der das nachweist und der sagt, dass bei Wasser, Abwasser, Müllgebühren hier saftige Überschüsse zu Lasten von vielen Menschen, die in Wien leben, erzielt werden. Besonders belastet sind da natürlich Seniorinnen und Senioren. Das heißt, Rot-Grün macht Wien Feuer. Gerade in einer angespannten

wirtschaftlichen Situation ist das der falsche Zugang. Da ist Handlungsbedarf bei Rot-Grün! Aber Sie hören nicht einmal zu, weil Sie alles besser wissen. Sie brauchen keinen Rat. Sie tun, was Sie wollen.

Meine Damen und Herren, ich nütze aber auch die Gelegenheit, nachdem wir einmal das Thema Senioren haben, über das Altwerden in Wien zu sprechen. Ältere Menschen von heute sind kein einheitlicher grauer Block, sondern ein bunter Haufen verschiedener, unterschiedlichster Lebensstile und es werden täglich mehr.

Und je mehr wir werden, desto weniger eindeutig lässt sich diese Altersgruppe erfassen. Im Allgemeinen gilt, ein lebenswertes Dasein im dritten und vierten Lebensabschnitt wird in erster Linie vom Grad der sozialen Integration und von der gesellschaftlichen Partizipation bestimmt. Gefühlsalter, verfügbares Einkommen, subjektiver und objektiver Gesundheitszustand. Doch auch die äußeren Bedingungen älterer Menschen sind Stellschrauben, die das Altwerden erleichtern und eine Zufriedenheit mit der Lebensqualität ermöglichen können. Besonders wichtig sind da natürlich Dienstleistungen, Serviceangebote, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Architekturplanung, die den Erwartungen älterer Menschen auch entsprechen, die Einsamkeit verhindern und soziales Eingebundensein ermöglichen, weil das ja für ältere Menschen von besonderer Bedeutung ist. Und wichtig ist natürlich auch die modifizierte Vorstellung vom Alter. Denn Fakt ist, dass die Älteren von gestern nicht die Älteren von heute sind und die Älteren von heute nicht die von morgen.

Was bedeutet alt sein in Wien in 20 und 30 Jahren? Alt sein wird auf jeden Fall später beginnen und länger dauern. Bereits heute liegt das subjektive Alter zehn Jahre unter dem wirklichen Alter. Und Hand aufs Herz, jeden Einzelnen, den ich hier fragen würde, jeder will lange leben, aber keiner will alt sein. Daher ist die Klischeevorstellung von den Alten als eine Gruppe, die sich nicht mehr selbst organisieren kann und für die Versorgungseinrichtungen geschaffen werden müssen, gründlichst zu revidieren. Die Älteren bleiben gesünder, sie bleiben aktiver, sie bleiben selbstständiger.

Das andere Gesicht der Älteren ist natürlich auf Grund der steigenden Lebenserwartung und der medizinischen Machbarkeit die Hochaltrigkeit. Die wird zur Normalität, wodurch die Zahl der stark abhängigen Menschen und dementer Hochbetagter natürlich steigen wird. Diesen beiden Gruppen muss man Rechnung tragen und darauf muss man sich bereits heute einstellen. Das gilt für den öffentlichen Verkehr, das gilt für Wohnräume im Alter, das gilt für Autofahrer genauso wie für Radfahrer und Fußgänger und für jene, die mit den Öffis fahren. Hier sind viele Veränderungen, viele Erleichterungen möglich und notwendig. Dazu braucht man nicht lauter Beauftragte, sondern das braucht man nur zu tun. Und da ersuche ich, dass Wien mehr tut als bisher, weil hier schon jetzt sehr vieles, von dem manchmal geredet wird, eine Selbstverständlichkeit sein könnte, aber wo wir vom Tun noch weit weg sind. Maßnahmen seitens der Stadt Wien sind zu setzen und zwar sinnvolle Maßnahmen, weil gerade die Vereinsamung in einer Großstadt eben

für alte Menschen groß ist. Das alt Sein bedeutet natürlich für sehr viele ein Singledasein. Die Verwandtschaftsnetzwerke werden kleiner und werden auch breiter gestreut und die Möglichkeiten von außerfamiliären Kontakten werden wichtiger. Und da sind Grätzeltreffs, da sind Seniorenwohnhäuser, da sind überhaupt Seniorenhäuser, da ist alles in der Nähe, im Grätzel, im Wohnumfeld ganz, ganz besonders wichtig, denn, meine Damen und Herren, das bedeutet für ältere Menschen Heimat.

Und damit komme ich jetzt wieder zum Thema Gerechtigkeit zurück. Der Wiener Seniorenbund ist eine Serviceeinrichtung, eine Organisation, wo wir täglich 365 Tage im Jahr für die Seniorinnen, für die Senioren, egal, welcher parteipolitischer Herkunft Ansprechpartner sind, eine Organisation, wo genau diese Angebote zur gesellschaftlichen Partizipation gelebt werden. Hier werden Reisen, Kulturangebote, Ausflüge, Wanderungen, Fitness, Computer, Sprachkurse und so weiter angeboten und sehr, sehr gerne angenommen. Und wir sind Ansprechpartner für alle Probleme, die eben Seniorinnen, Senioren in einer Großstadt haben. Seit Jahren bekommen wir von der Gemeinde Wien eine Subvention in einer Höhe, dass jeder Senior, der bei uns Mitglied ist, pro Jahr bildlich gesprochen 1,50 EUR bekommt. Das ist der Wiener Seniorenbund.

Der Pensionistenverband bekommt den doppelten Betrag. Ein Senior im Pensionistenverband bekommt bildlich gesprochen 3 EUR. Warum? Ich habe immer wieder nachgefragt, warum diese Differenzierung und habe nie eine befriedigende Antwort erhalten, sondern quasi nach dem Motto „Na seid's froh, dass überhaupt was kriegt's!“, das sei eben so. Und nun gibt es in Wien die rot-grüne Regierung und jetzt ist die Welt noch anders. Siehe da, bei diesen Verhandlungen hat sich jetzt herausgestellt, dass der Wiener Seniorenbund um 50 Prozent weniger bekommen soll. Beim Pensionistenverband bleibt alles beim Alten. Was heißt das? Das heißt, das Mitglied im Wiener Seniorenbund bekommt 70 Cent, das Mitglied im Pensionistenverband aber das Vierfache. Ist das die Gerechtigkeit, wie Rot-Grün das sieht? Also ich nehme an, dass es sich da hier nur um einen Irrtum handeln kann. Wenn nicht, dann müssen Sie sich mehr als schämen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun gibt es seit 1999 ein Bundesseniorengesetz. In diesem Gesetz sind ganz klare Richtlinien, wie Förderungen zu verteilen sind. Das wird im Seniorenrat abgewickelt, wo ja alle Parteien vertreten sind. Das ist abhängig von Mitgliedern, das ist abhängig von Aktivitäten, von Broschüren, et cetera. Wie ich nach meiner Tätigkeit als Volksanwältin hierher gekommen bin, habe ich mir gedacht, na ja, da gibt es ja dieses Gesetz, das muss ja auch in Wien möglich sein. Also eigentlich habe ich es als selbstverständlich angenommen und habe 2002 einen Initiativantrag eingebracht. Auch die Freiheitliche Fraktion hat, ich weiß jetzt nicht, ob vorher oder nachher, aber auch ungefähr zur gleichen Zeit so einen Antrag eingebracht. Und siehe da, dieser Antrag wurde dem Ausschuss zugewiesen und dann waren beide Anträge weg, nie mehr etwas davon gehört. Das heißt, darüber

ist nicht mehr gesprochen worden. Also eigentlich ist das ja ungeheuerlich! Jetzt sind zehn Jahre ins Land gezogen. Steiermark, Kärnten, Burgenland, da gibt es Länder, die haben diese Landesseniorengesetze schon, Wien nicht.

Daher bringe ich heute, denn wir haben schon einen Initiativantrag eingebracht, wo ich annehme - das ist genauso ein Antrag, wie er damals war, genau analog zum Bundesseniorengesetz. Ich nehme an, die zehn Jahre Nachdenkpause werden ja gereicht haben, dass es nun möglich ist, dieses Landesseniorengesetz zu verabschieden.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, dass das mit der Subventionsvergabe ein Irrtum ist. Sollte es das nicht sein, dann können Sie davon überzeugt sein, dass wir jede Seniorin und jeden Senior in Wien über Ihre unglaubliche Vorgangsweise bei Subventionen und wie Sie die Subventionen vergeben, informieren werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Vana. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Thema des heutigen Sonderlandtags und zur FPÖ denke ich, man sieht, Sie sind heute an Populismus wieder einmal nicht zu überbieten. Nicht nur, dass Ihr eigener Klubobmann nicht da ist (*Abg Rudolf Stark: Der Termin ist nicht von uns festgesetzt worden!*), was die Wertigkeit des Themas in Ihrer eigenen Fraktion offenbar unterstreicht (*Abg Mag Wolfgang Jung. Das ist ja stark!*), sondern Sie genieren sich nicht, seit einer Woche die Medien vollzupumpen mit Presseaussendungen über die Pensionskommission und über die Entscheidung, die Erhöhung der Pensionen um, wie Sie kritisieren, nur 1,8 Prozent vorzunehmen. Ihre eigene Vertreterin hat sich in der Pensionskommission des Bundes der Stimme enthalten und keine einzige Wortmeldung abgegeben, meine Damen und Herren, und heute stellt sich die FPÖ hier heraus und spielt Anwälte und Anwältinnen - ich weiß nicht, ob Sie dann weibliche Rednerinnen auch haben - der Senioren und Seniorinnen! Keine einzige Wortmeldung dort, wo debattiert wurde, wo auch die Debatte hingehört, hat die FPÖ in der Pensionskommission vorgenommen! Das ist die Gerechtigkeit, die die FPÖ wacker für die Senioren und Seniorinnen dieses Landes erkämpft! Reiner Populismus! *(Beifall bei den GRÜNEN und von Abg Godwin Schuster.)*

Es gab in dieser Pensionskommission eine Gegenstimme, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie kam aber nicht von der FPÖ, die sich feigerweise nur der Stimme enthalten hat! Sie kam von den GRÜNEN! (*Abg Johann Herzog: Und was machen Sie jetzt?*) Es war unser Vertreter der GRÜNEN, der in der Pensionskommission die Stimme erhoben hat (*Abg Johann Herzog: Dann stimmen wir heute gemeinsam ab!*) und die Kompetenz der Pensionskommission überhaupt hinterfragt hat, ob sie überhaupt die Kompetenz hat, Erhöhungen der Pensionen vorzuschlagen. Sie hat nämlich keinen gesetzlichen

Auftrag dazu. Wir finden das eigentlich auch sehr fragwürdig, denn den gesetzlichen Auftrag für die Erhöhung der Pensionen hat der Herr Sozialminister. Er hat die Verantwortung. Er nimmt sie auch wahr. Es wird jetzt auch Verhandlungen mit Seniorenvertretern und -vertreterinnen geben. Bis 30. November dieses Jahres hat er Zeit.

Es waren die GRÜNEN in dieser Pensionskommission, die den vollen Inflationsausgleich für niedrige Pensionen gefordert haben. Das ist auch notwendig in diesem Land, weil Pensionist, oder vor allem Pensionistin, sein, heißt in diesem Land, armutsgefährdet zu sein. 50 Prozent aller Pensionen in Österreich liegen unter 850 EUR. 24 000 Menschen sind angewiesen auf eine Ausgleichszulage. Das heißt, eine Inflationsabgeltung gerade für die niedrigen Pensionen wäre umso wichtiger, ebenso eine volle Inflationsabgeltung bei der Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes.

Es waren die GRÜNEN, die in dieser Sitzung der Pensionskommission gesagt haben, dass es nicht die armutsbedrohten MindestpensionistInnen sein können, die das Budget sanieren, während Menschen mit Höchstgehältern, hohen Gehältern und hohem Vermögen in diesem Land keinen Euro zur Sanierung des Budgets beitragen. Es kann wohl nicht sein, dass die Mindestpensionisten und Mindestpensionistinnen in diesem Land die Zeche zahlen für - das sieht man jetzt an der Krise - die Folgen der verantwortungslosen Spekulationen und die volle Härte des Sparpakets zu spüren bekommen sollen. (*Abg Johann Herzog: Dann sind wir eh einer Meinung, Frau Dr Vana! Dann stimmen wir gemeinsam für den Antrag!*)

Aber Ihre Initiative heute kann ich wirklich nicht ernst nehmen, meine Damen und Herren von der FPÖ, denn wie Sie mit alten Menschen umgehen, zeigt der Fall Gertrud Meschar, eine Pensionistin, die ihr Geld und ihr Vermögen einem Stiftungsrat anvertraut hat, der von FPÖ-Funktionären und Freunden der FPÖ besetzt war. (*Abg Johann Herzog: Sie wissen, dass das schon anders läuft!*) Und was ist mit dem Vermögen der Pensionistin Gertrud Meschar passiert? (*Abg Johann Herzog: Sie wissen, dass Ihre Meinung revidiert wurde!*) Abzocke, de facto Enteignung, nicht ordnungsgemäße Verwaltung, schiefe Optik (*Abg Johann Herzog: Sie stellen Behauptungen auf!*), stellt sogar das Handelsgericht fest. Das ist keine Gerechtigkeit für Senioren und Seniorinnen, liebe Damen und Herren, das ist Abzocke und Beraubung von Senioren und Seniorinnen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das ist nicht unsere Politik, nicht die Politik der GRÜNEN und nicht die Politik von Rot-Grün.

Aber mit Pensionsraub, meine Damen und Herren dieser Hälfte im Haus, kennen Sie sich aus. Ich bin dafür dankbar, dass Sie beide die Pensionsreform 2004 angesprochen haben, denn die Pensionsreform 2004 ist tatsächlich von Blau-Schwarz, ist tatsächlich der größte Pensionsraub in der Geschichte, ein einziges überfallsartiges Abkassieren auf Kosten der sozial Schwachen. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen ein langes Gedächtnis. Sie wollen das sicher verdrängen.

Schauen wir uns einmal die Maßnahmen, die Sie damals im Zeichen der Gerechtigkeit für Senioren und Seniorinnen beschlossen haben, im Detail an:

Schrittweise Anhebung des vorzeitigen Pensionsantrittsalters, damit auch Verschärfungen am Arbeitsmarkt, weil eine Verlagerung in Arbeitslose und Sozialhilfe von älteren ArbeitnehmerInnen und ein erschwertes Arbeitsmarktzugang von Jungen die Folge sind.

Verlängerung des Pensionsbemessungszeitraums, die berühmte Durchrechnung, die massive Verluste für Pensionisten und Pensionistinnen gebracht hat, vor allem für Frauen. Teilzeitbeschäftigte in diesem Land haben durch diese Pensionsreform über 30 Prozent Verlust. 2004, von Blau-Schwarz überfallsartig. Das ist Ihre Gerechtigkeit, die Sie meinen! Das ist nicht unser Verständnis von Gerechtigkeit! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Absenkung der Steigerungspunkte für die Pensionsberechnung, was vor allem Junge getroffen hat, weil man keinerlei Möglichkeit mehr hat, die unvorhersehbaren Einkommensverluste zu kompensieren. Also, wenn das kein Pensionsraub ist!

Erhöhung der Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt auf 4,2 Prozent.

Für Frauen auch sehr relevant, keine bessere Bewertung der Kindererziehungszeiten, obwohl das alle Experten und Expertinnen gefordert haben. Es kam zwar zu einer Ausweitung der Anrechnung, das stimmt, aber diese Anrechnung konnte die massiven Pensionsverluste, die Frauen durch Ihre Reform haben, nicht auffangen.

Das Ziel von Blau-Schwarz war damals ganz klar. Man sieht jetzt, wie Sie an der Krise gescheitert sind: die Schwächung - ich möchte nicht Kahlschlag sagen, das haben Sie sich nicht getraut, aber Sie hätten es wahrscheinlich gern - der gesetzlichen Pensionsvorsorge und das Verlagern und Abschieben in die sogenannte zweite und dritte Säule, eine Quasiprivatisierung. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Das ist ja gar nicht wahr! - Abg Johann Herzog: Das ist eine Behauptung!)* Wer hat von Ihrer Pensionspolitik profitiert? Die Versicherten? Nein, Banken und Versicherungen haben von der blau-schwarzen Pensionsreform profitiert. *(Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Mag Dr Barbara Kappel: Schauen Sie sich das im Ausland an!)*

Das ist nicht unsere Politik, meine Damen Herren! Rot-Grün steht für ein starkes öffentliches System, eine öffentliche Pensionsvorsorge, finanziert mit Steuern und Beiträgen aus dem Umlageverfahren. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Das ist zum Scheitern verurteilt!)* Das ist die große Stärke des Systems. Das haben Sie nicht abschaffen können. Sie sind mit Ihrer Politik sicher gescheitert! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Aber nur dann, wenn eine Vollbeschäftigung da ist!)*

Wenn Sie Menschen in der Pension und potenziellen PensionistInnen wirklich helfen würden, gerechte Pensionen zu erzielen und die Kaufkraft zu stärken, müssten Sie mit uns gemeinsam für einen gesetzlichen Mindestlohn in diesem Land kämpfen, einen Kampf gegen prekäre Beschäftigung führen, für Vollzeitarbeit für Frauen und für höhere Gehälter eintreten und den Kampf gegen

Einkommensunterschiede endlich ernsthaft führen, flächendeckende Kinderbetreuung, auch österreichweit, mit uns gemeinsam erkämpfen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in Wien mit dem WAFF, der in Österreich wirklich einzigartig ist, ein Instrument der kommunalen Arbeitsmarktpolitik, und eine offensive Lohnpolitik führen. Aber was schlägt stattdessen die FPÖ vor Kurzem vor? Ich habe meinen Ohren nicht getraut! Die Geringfügigkeitsgrenze zu erhöhen! Das würde bedeuten, dass noch mehr Menschen aus der gesetzlichen Sozialversicherung, auch aus der gesetzlichen Pensionsversicherung, herausfallen, nämlich 140 000 Menschen, vor allem Frauen und ArbeiterInnen. Das kann wohl nicht Ihr Ernst sein, hier von Gerechtigkeit für Senioren und Seniorinnen zu sprechen!

Ich wiederhole, die FPÖ, die Partei der Abzocke, Enteignung und Pensionsraubritter! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Abg Johann Herzog: Das ist jetzt aber zu viel!)*

Wir GRÜNE - ich habe es schon angesprochen - treten ein für ein starkes öffentliches System. Wir treten auch ein für ein einheitliches Pensionsrecht für alle. Wir glauben, es gibt derzeit einen Wildwuchs an Pensionssystemen, wo es kein Wunder ist, dass die Pensionsdebatte eigentlich ein ideologisches Minenfeld ist, wo Fakten kaum mehr eine Rolle spielen, wo mit Ängsten und Neid gespielt wird. Die ganze Pensionsdebatte ist leider eine einzige Neiddebatte. Jede Gruppe fühlt sich benachteiligt, zu Unrecht angegriffen, als Privilegienritter kritisiert. Diesen Wildwuchs an Pensionssystemen versteht auch keiner mehr. Es blickt kaum mehr jemand durch. Es gibt nur mehr ein paar Experten, Expertinnen, die sich wirklich im österreichischen und zum Teil auch im Wiener Pensionssystem auskennen. Jedes Herumdoktern an diesem System ist eigentlich nur eine weitere Verschlechterung. Wir GRÜNE fordern seit Jahren ein einheitliches Pensionsmodell für alle, gleiche Beiträge, gleiche Regeln, gleiche Leistungen und eine Grundpension für alle in der Höhe von zirka 800 EUR, die vor Armut schützt. *(Abg Dominik Nepp: Aber weltweit!)* Denn das ist einer der wesentlichsten Faktoren, die ein Pensionssystem haben sollte.

In dieser ganzen Neiddebatte fällt immer mehr unter den Tisch, was denn eigentlich so ein Pensionssystem leisten soll. Für uns GRÜNE steht außer Frage, dass ein Pensionssystem allen Menschen in diesem Land und in dieser Stadt im Alter ein Leben in Würde garantieren soll, es Altersarmut in diesem Land und in dieser Stadt einfach nicht geben darf und junge Menschen von heute sicher sein müssen, dass sie, wenn sie dann in Pension gehen, auch eine Pension bekommen, meine Damen und Herren. Das steht für uns außer Streit. Das muss ein Pensionssystem leisten. Da geht es um den dauernden Mythos des Pensionskollapses, wie Sie es damals unter Blau-Schwarz gemacht haben, unser System geht krachen und wir müssen jetzt schnell etwas tun, müssen einsparen. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt am Pensionssystem ist die gerechte Verteilung, meine Damen und Herren. Dort müssen wir ansetzen. Dort krankt es am meisten. Dafür stehen die GRÜNEN und dafür steht Rot-

Grün! (Beifall bei den GRÜNEN sowie von Abg Mag Nicole Berger-Krotsch und Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch.)

Es ist auch sehr verwunderlich, dass Sie sich jetzt im Wiener Landtag hinstellen und sich als AnwältInnen der PensionistInnen aufspielen. Ich war 2004 schon in diesem Haus. Die Kollegen und Kolleginnen - von meiner Fraktion waren es einige, von Ihnen noch mehr -, die damals schon in diesem Haus waren, können sich an die Debatte über die sogenannte Wiener Pensionsreform, glaube ich, noch sehr gut erinnern, wo die SPÖ versucht hat, zumindest ein bisschen ein Gegenmodell zu entwickeln - uns war es damals zu wenig -, versucht hat, die radikalen Kahlschlagmaßnahmen der blau-schwarzen Regierung aufzufangen und für die Wiener Beamten und Beamtinnen ein besseres Wiener Pensionssystem zu machen. Damals haben Sie, meine Damen und Herren von der FPÖ, nicht mitgestimmt. Den Pensionsraub an den PensionistInnen wollten Sie damals umwälzen auf die Wiener BeamtInnen. Gleich schlechte Bedingungen, haben Sie gesagt. Also stellen Sie sich heute nicht hier heraus und sagen Sie, Sie kämpfen in diesem Haus für die Wiener Beamten- und Beamtinnenpensionen! (Abg Mag Wolfgang Jung: Wir kämpfen aber dafür!)

Für Rot-Grün kann ich nur sagen, Wien sichert soziale Standards, Wien steigert für nächstes Jahr die Ausgaben im Bereich Gesundheit und Soziales, was ganz wichtig ist für Senioren und Seniorinnen, auf 3,3 Milliarden. Was das Prozedere mit der Beamten-, Beamtinnenpensionserhöhung in Wien betrifft, wissen Sie, 2010 hat Wien eine Novelle zur Pensionsordnung beschlossen, dass die Pensionserhöhungen gestaffelt werden sollen. Das ist auch eine recht vernünftige Vorgangsweise. Die GRÜNEN sind, ich sagte das schon, für eine gerechte Verteilung, das heißt auch, soziale Staffelung. Einen Solidarbeitrag, der quasi höhere Pensionen dämpft, gibt es in Wien schon. Das ist richtig. Wir sind generell zum Beispiel für eine Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages für BeamtInnenpensionen unter der ASVG-Höchstpension und für eine starke Progression des Pensionssicherungsbeitrages ab der ASVG-Höchstpension. Das wäre eine gerechte Verteilung.

2011 haben die Wiener Beamten und Beamtinnen den vollen Inflationsausgleich von 2,7 Prozent bekommen. Für 2013, für nächstes Jahr, ist es noch völlig offen. Wien hat hier mehrere Szenarien. Es ist aber guter Usus, dass man die Verhandlungen im Bund abwartet, was dort für ein Ergebnis beschlossen wird. Dieses hat bis 30. November Zeit. Der Herr Sozialminister steht jetzt in Verhandlungen. Es besteht aber natürlich kein Automatismus für Wien, dieses Ergebnis zu übernehmen. (Abg Mag Wolfgang Jung: Ausreden! Ausreden!) Wir können im Dezember zeitgerecht eine Novelle der Pensionsordnung beschließen, die gute und gut gestaffelte Erhöhungen der Pensionen vornimmt.

Jedenfalls möchte ich an dieser Stelle zum Antrag der FPÖ oder generell zum Thema Erhöhung BeamtInnenpensionen und zum Thema Nulllohnrunde anmerken, dass auch wir GRÜNE nicht glücklich sind mit dem Beschluss, im nächsten Budget eine Nulllohnrunde vorzu-

sehen. Wir halten das wirtschafts- und sozialpolitisch für kontraproduktiv. (Abg Mag Wolfgang Jung: Bravo!) Aber wir akzeptieren, und das ist uns auch wichtig, denn wir stehen zu Gewerkschaften und zur starken Rolle der Gewerkschaft, das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaft (Abg Mag Wolfgang Jung: Ein anderes Wort für Bauchfleck!), sind aber einigermaßen verwundert - das möchte ich persönlich nicht verhehlen -, dass die stärkste Gewerkschaftsfraktion wirklich eine Nulllohnrunde ausverhandelt hat. Wir halten das nicht für richtig. Wir finden, starke öffentliche Dienste, und wir brauchen gerade im Vereinten Europa starke öffentliche Dienste, brauchen auch motivierte Beamte und Beamtinnen. Gerade auch in diesem Hinblick sehen wir die Nulllohnrunde nicht als glückliches Signal, aber wir akzeptieren das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaft.

Ich möchte abschließend noch sagen, ich bedanke mich bei Frau Kollegin Korosec, dass sie das Thema ein bisschen breiter gefasst hat. Das Thema SeniorInnenpolitik geht weit über das Pensionsrecht und die jährliche Erhöhung der Pensionen hinaus. Gerechtigkeit für SeniorInnen in Wien bedeutet für uns auch, eine altersfreundliche Stadt zu entwickeln. Ein Baustein, ein Meilenstein, glaube ich, in dieser Hinsicht sind auch die günstigen Öffi-Tarife, die Wien hat. Öffi-Tarife sind sehr wichtig für die Mobilität von SeniorInnen. Sie haben es auch vollkommen richtig gesagt. Die SeniorInnenkarte in Wien kostet 224 EUR, das sind 62 Cent pro Tag, also weniger als die normale Jahreskarte. Sie ist eine der günstigsten in ganz Europa. Es gibt auch den Mobilpass für Wiener PensionistInnen um 15,20 EUR.

Ich glaube, gerade das wichtige Thema, das Sie angesprochen haben, Frau Korosec, das Thema Vereinzelung und Einsamkeit im Alter ist ein weibliches, auch in Wien. 83 Prozent aller alten Menschen sind Frauen. Jede zweite Seniorin in Wien lebt allein, im Gegensatz zu jedem siebenten Mann. Zum Beispiel auch hier ein Gender Gap, so wie bei den Pensionen. Dort ist der Gender Gap sensationelle 60 Prozent. Das muss man sich einmal vorstellen! Frauen in Österreich kriegen 60 Prozent weniger Pension als Männer in Österreich. Also, wenn es da keiner Neuverteilung bedarf!

Im Übrigen, und damit schließe ich, wenn wir wirklich Gerechtigkeit für Senioren und Seniorinnen herstellen wollen, vor allem für die mit großem I, für die SeniorInnen, brauchen wir endlich Frauen im österreichischen Seniorenrat. Der österreichische Seniorenrat besteht ausschließlich aus Männern, 2 Präsidenten, 100 Prozent Männerquote im Präsidium. Ich denke, Frauen müssen in der größten Interessenvertretung für SeniorInnen in diesem Land auch entsprechend vertreten sein. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN sowie von Abg Dr Elisabeth Vitouch und Abg Mag (FH) Tanja Wehsely.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Den Ball der Kollegin Vana aufgreifend, im Seniorenrat sitzen zwei Präsidenten, die es sich im alten Politiksystem sehr gemütlich gemacht haben und die es dann

auch für die Nachfolgenden brav abgeschafft haben. Das ist auch eine Form von Gerechtigkeit, die man durchaus hinterfragen kann.

Es ist natürlich eine sehr schwierige Zeit, in der wir zur Zeit stehen, wo natürlich sehr viele Bruchlinien in der Gesellschaft aufbrechen, die in wirtschaftlich besseren Zeiten durch Wachstum und durch einen größeren zu verteilenden Kuchen zugedeckt werden. Natürlich führt die Pensionsreform 2003 letztendlich zu einer sukzessiven Absenkung der Nettoersatzrate, aber ich habe das Gefühl, dass der jetzige Sozialminister Hundstorfer über die damalige Reform sehr froh ist, weil sie ihm wiederum Spielraum einräumt. Aber Tatsache ist natürlich, dass das Problem der Altersarmut in Zukunft ein viel gravierenderes sein wird, weil einfach die Pensionsformel mit jedem Jahr schlechter wird. Das Problem hat man in Deutschland genauso. Das ist natürlich eine große Herausforderung, der man sich wird stellen müssen, wo im Endeffekt auch der Leistungsgedanke nicht zu kurz kommen darf. Es kann und darf meines Erachtens nicht sein, dass man ein Leben lang arbeitet, Beiträge und Steuern bezahlt und dann am Schluss ein Almosenempfänger ist (*Beifall von Abg Uta Meyer.*) und gleichzeitig Menschen, die sozusagen im Sozialsystem ihre Existenz begründet sehen, am Ende genau das Gleiche bekommen. Hier kommt meines Erachtens nach der Leistungsgedanke zunehmend zu kurz. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im Endeffekt hat man früher bei Schülern und Studenten auch gesagt: „Schau, dass du möglichst lang angemeldet bist, dass du dich selbst versicherst, dass du, auch wenn du geringfügig beschäftigt bist, die 50 oder 55 EUR für die Vollversicherung bezahlst!“ Ich weiß nicht, ob man diesen Rat heute noch geben kann, weil wenn am Schluss dann immer 850 EUR Einheitspension, Mindestsicherung herauschaut, ist man eigentlich dann besser beraten, wenn man möglichst wenig einzahlt, weil am Schluss eh alle dasselbe herauskriegen. Das ist, glaube ich, insgesamt eine durchaus problematische Angelegenheit.

Was mir, natürlich ist man selbst als öffentlich Bediensteter auch betroffen, schon auch auffällt, ist, dass die Gesellschaft irrsinnig undankbar ist, auch die öffentliche oder die veröffentlichte Meinung, wenn ich daran denke, wie viele Nulllohnstunden es in den letzten 20 Jahren schon gegeben hat, die letztendlich bis heute nachwirken, weil natürlich dann die nächste Erhöhung auf das eingefrorene Gehalt gelegt wird und so weiter. Diese Einsparungseffekte werden heute überhaupt nicht mehr berechnet und einkalkuliert. Das ist einmal geleistet worden. Man schleppt es sein ganzes Berufsleben lang mit. Es gibt dafür überhaupt keine Anerkennung. Das ist genau das Problem bei diesen Nulllohnstunden. Es würde auch einem Dienstgeber nicht schlecht anstehen, gerade wenn es die öffentliche Hand ist, wenn man sich auch einmal bei den eigenen Beschäftigten für die Bereitschaft, bei so etwas mitzumachen, ordentlich bedankt. Das geschieht aber überhaupt nicht, sondern es wird dann noch dazugesagt: „Seid froh, ihr kriegt eh eure Biennien, das ist ja auch eine Form von Gehaltserhöhung.“ Dass das keine Gehaltserhöhung, sondern ein

Lohnschema ist, wo Lebenseinkommen verteilt wird, lässt man unter den Tisch fallen.

Wenn man sich heute beklagt, dass die Dienstrechte zwischen Bund, Ländern und Gemeinden immer mehr auseinandergehen, muss man auch sagen, wer daran wieder maßgeblich beteiligt war. Damals, unter der großen Koalition, als Rot und Schwarz noch eine Zweidrittelmehrheit hatten, ist das Harmonisierungsgebot im öffentlichen Dienst aufgegeben worden. Früher war es nicht möglich, dass sich die Länder eigene Sonderrechte in einem nennenswerten Umfang geleistet haben. Da musste das Dienstrecht weitgehend einheitlich sein. Das hat man aufgegeben. Jetzt versuchen natürlich die Länder und auch die Gemeinden, sozusagen einen eigenen Weg zu finden. Das darf man aber den Ländern und den Gemeinden nicht zum Vorwurf machen, sondern das war damals offenkundig auch die Intention derjenigen, die die Bundesverfassung geändert haben. Wenn ich mich recht erinnere, war auch der spätere Nationalratspräsident Khol maßgeblich daran beteiligt, das Harmonisierungsgebot aufzuheben. Also auch da muss man sagen, das alte Beamtensystem war halt eine Kombination aus niedrigen Aktivgehältern, einer besseren Pensionsberechnung, dafür hat es keine Abfertigung gegeben. Man hat im großen Stil bei der Pension weggenommen, ohne etwas bei den Aktiven draufzulegen.

Dann gibt es natürlich auch Residuen, wo die Vorteile beider Systeme kombiniert werden. Wir haben jetzt wieder einen Rechnungshofbericht über die Bediensteten in den Sozialversicherungen gelesen. Diese haben das ASVG-System, die Abfertigung und eine Betriebspension, die nach den alten Beamtenbezügen bemessen wird. Das ist natürlich auch eine Frage, dass man das unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten wahrscheinlich nicht goutieren wird. Man sieht, es sind sehr viele Ungereimtheiten da, die natürlich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten umso mehr zu hinterfragen sind.

Dass bei einem Sparpaket nicht alle glücklich sind, kann man natürlich umgekehrt sagen, wenn sich fast alle aufregen, wird es nicht so falsch sein. Das hat auch etwas für sich. Aber, ich glaube, die Gerechtigkeit ist ein sehr vielschichtiger Begriff. Jedem das Seine, jedem das Gleiche und so weiter. Es gibt da viele verschiedene philosophische Konzepte, die nicht immer zu denselben Ergebnissen führen. Aber dieser Debatte muss man sich zumindest stellen. Das setzt im Endeffekt auch voraus, dass es ein Blicken über den Tellerrand gibt.

Wenn man jetzt sagen könnte, unsere Budgets sind saniert, dann hätte das Opfer auch einen gewissen Sinn. Aber wir leben genau in der Zeit einer Gebührenlawine in Wien, also die Einnahmen sind maximiert worden, und Nulllohnstunden da und dort, aber trotzdem klafft eine Lücke. Im Bundesbereich ist es auch nicht viel besser. Wenn es wenigstens dazu führen würde, dass man das Budget im Griff hat und sagt, man hat einen Stand erreicht, auf dem man dann aufbauen kann, aber davon sind wir leider Gottes meilenweit entfernt. Es zeigt sich eben, dass man ein Budget offenkundig nicht einnahmenseitig sanieren kann. Wenn es in Österreich eine Tatsache gibt, dann ist es die, dass bei uns die Steuer-

und die Belastungsquote ein Ausmaß erreicht hat, das in jeder Hinsicht schon kontraproduktiv ist.

Da zu sagen, es muss noch mehr gezahlt werden, Frau Kollegin Vana, dass die Höchstgehälter keinen Beitrag leisten, sind genau die Höchstgehälter - ab 60 000 EUR werden einem 50 Prozent weggenommen - diejenigen, die das, was Sie verteilen wollen, erst einmal in die Staatskasse hineinbringen. In anderen Ländern kriegt man ab 250 000 EUR den Höchststeuersatz, bei uns ab 60 000 EUR. Das sind nicht die Gestopften, nicht die Reichen. Da kann man sich kein Vermögen auf die Seite schaffen. Das sind diejenigen, die das Geld, das Sie so großzügig am liebsten in halb Europa oder in der halben Welt verteilen wollen, erst einmal in den Staat bringen. Und wenn die Kuh keine Milch mehr gibt, dann gibt es auch nichts mehr zu melken und dann gibt es auch nichts mehr zu verteilen. Das ist im Endeffekt genau das, woran der Kommunismus, der nur ans Verteilen gedacht hat, zugrunde gegangen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Meidlinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben uns heute hier zu einem Sonderlandtag gefunden, zum Thema Gerechtigkeit für Wiener Seniorinnen und Senioren, auch im Zusammenhang mit dem Wiener Landarbeitergesetz, den die Freiheitlichen eingebracht haben. Ich hoffe, Sie können uns dann in den nächsten Minuten auch noch erklären, wo das Wiener Landarbeitergesetz schlagend wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, als ich gelesen habe, dass Sie zum Thema Gerechtigkeit für Wiener Seniorinnen und Senioren einen Sonderlandtag einberufen haben, habe ich mir gedacht: Worunter leiden Sie? Wo ist Ihr Problem, dass Sie die Vergangenheit komplett verdrängt haben? Ich erinnere nur an den 13.5.2003, wo 200 000 Menschen in dieser Stadt bei strömendem Regen demonstriert haben *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist fast schon zehn Jahre her!)*, nicht aus Dankbarkeit gegenüber der Freiheitlichen Partei, die damals in der Regierung gesessen ist, sondern als Protest gegen die Maßnahmen, die Sie im Pensionsrecht vorgenommen haben. Dieser Pensionsraub, den Sie damals begonnen haben, hat bis zu Ihrer, Gott sei Dank, stattgefundenen Ablöse als Bundesregierung zu Tage gebracht, dass Sie am Ende des Tages den Seniorinnen und Senioren eine ganze Bruttopension geraubt haben! Da trauen Sie sich, sich hier hinzustellen und von Gerechtigkeit im Wiener Pensionssystem zu sprechen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber bevor ich hier weiter ausführe, noch ein paar Punkte zu den angeblichen Pensionsprivilegien der Wiener Beamtinnen und Beamten, Frau Korosec, die Sie hier angesprochen haben, und vielleicht noch einmal in Erinnerung gerufen, weil wir haben schon mehrmals die Möglichkeit gehabt oder den Versuch unternommen, es

Ihnen auch zu erklären. Wir haben 2004 eine Beamtenpensionsreform gemacht, dass genau diese Grausamkeiten, die Sie damals in der Bundesregierung verbroschen haben, in Wien nicht mitgemacht worden sind. Wir haben nämlich einen sehr hohen Frauenanteil bei uns. In Ihrer Pensionsreform, nur als ein Beispiel, die Sie gemacht haben, sind die schlechten Versicherungszeiten, die schlechten Jahre über Nacht schlagend geworden. Das wollten wir unseren Kolleginnen und Kollegen einfach nicht antun, weil sie hätten auch keine Möglichkeit mehr gehabt, diese Zeiten noch zu reparieren. Es geht um Teilzeitzeiten, es geht um Karenzzeiten und so weiter und so fort.

Sie berufen sich immer auf einen Rechnungshofbericht, der sich, wenn ich richtig gelesen habe, glaube ich, auf das Jahr 2007 zurückzieht und die Berechnungen darstellt. Das ist auch inhaltlich falsch, weil es hat sich in der Zwischenzeit auch das ASVG mehrfach geändert, Stichwort Hacklerpension, Stichwort Langzeitenversicherungsregelung, Stichwort Korridorpension, Stichwort andere Abschlüsse in diesen Bereichen. Das heißt, hier hat sich dramatisch etwas geändert und diese Berechnungen, die der Rechnungshof damals angestellt hat, haben heute keine Gültigkeit mehr. Es ist halt so, dass viele dieser Beschäftigten - wir haben jetzt wieder Jubilarien- und Jubilarsveranstaltungen als Dienstjubiläumveranstaltungen gehabt - mit einem Gehalt begonnen haben, wo sie damals in der Privatwirtschaft ausgelacht worden sind. Da geht es auch um die Frage von Lebensverdienstsummen. Da geht es auch um die Fragen von modernen Gehaltskurven. Das ist richtig. Darum gibt es auch den Beschluss in Richtung Besoldungsreform. *(Abg Ingrid Korosec: Das dauert noch 30 Jahre!)* Daher wird das auch gemacht. Aber das kann man den Kolleginnen und Kollegen, die hier sind, nicht vorwerfen. Es gibt zum Beispiel auch, falls Ihnen das entgangen sein sollte, in diesem Bereich auch noch keine Abfertigung.

Was wir in Wien auch gemacht haben, und auch das dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, ist, dass es höhere Pensionsbeiträge gibt, sowohl im Aktiv- als auch im Pensionistenbereich. Das sind, je nach Teilbereich, bis zu 10 Prozent. Das kennt kein anderes Pensionsrecht, kein anderes öffentliches Pensionsrecht.

Daher ist, wie gesagt, die Reform so zustande gekommen, wie sie zustande gekommen ist. Wir haben keine Hacklerregelung. Wir haben keinen Korridor in unserem Pensionsrecht. Und wir haben jedenfalls ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter, was die Frauen betrifft, denn mit 2020 erreichen wir den Endausbau mit 65.

Weil Sie auch wieder die Anzahl derjenigen, die in den Ruhestand gehen, angesprochen haben, es geht niemand freiwillig in den Ruhestand. Es kann sich niemand aussuchen, ob er in den Ruhestand geht. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Haben Sie eine so schlechte Qualität der Arbeitsplätze? Sonst wären nicht so viele Leute krank!)* - Dazu komme ich schon noch. Aber das müssen Sie den Damen und Herren der Wirtschaft sagen. Ich werde Ihnen gleich noch ein paar Vergleiche sagen,

nämlich, dass wir hier mit Amtsärzten und amtsärztlichen Gutachten in den Ruhestand treten. Dabei gibt es menschliche Schicksale. Ich verabscheue es wirklich, dass man über einzelne Schicksale drüberfährt und diese Zahlen so darstellt. Denn wenn man sich anschaut, im Privatbereich, weil Sie das hier angesprochen haben, Herr Jung, liegt die Invaliditätspension bei 51,9, während bei uns der Vorruhestand oder die Frühpension bei 53 irgendetwas liegt. Diejenigen, die in der Privatwirtschaft in den Ruhestand treten, kommen aus zwei Jahren Arbeitslosigkeit oder aus Krankenstand. Also reden wir einmal über die Arbeitsplätze und über deren Gestaltung in der Privatwirtschaft. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, aber schauen Sie sich die Gesamtzahlen an!*) Da sitzen ja die Expertinnen und Experten der Wirtschaft. Darüber können wir gerne diskutieren, sehr geehrte Damen und Herren.

Wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, hat sich natürlich einiges geändert und verbessert, aber wenn Sie den Müllaufleger hernehmen, der vor 20, 25 Jahren mit dem Blechkübel ohne Räder Stiegen hinauf-, Stiegen hinuntergelaufen ist mit der damaligen Arbeitskleidung und Sie schauen die heutigen Arbeitsmethoden und Arbeitsmöglichkeiten an, hat sich gewaltig etwas geändert. Da hat auch die Stadt gewaltig investiert. Ich bin nur immer wieder darüber verwundert, dass dort, wo es um Möglichkeiten gegangen ist, den Bediensteten zu helfen, zum Beispiel beim Gesundheitsförderungszentrum in der Hera, Frau Korosec, wo Sie selbst auch davon betroffen waren, Sie selbst hier dagegen gestimmt haben. Darum wundere ich mich, dass die ÖVP gegen diese Modelle, wenn Sie so wettet, dass die Arbeitsplätze doch so schlecht wären, hier dagegen stimmt. Also lassen wir die Kirche im Dorf und bleiben wir bei dem, was es ist, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, wir haben als Sozialdemokratie damals in Wien ein hervorragendes Pensionsmodell beschlossen. Ich glaube, bei diesem sollten wir auch bleiben.

Geschätzte Damen und Herren, es gibt noch ein paar spannende Punkte zu den Freiheitlichen zu sagen, denn erstens, dass Sie hier Anträge einbringen, die auch noch inhaltlich falsch sind, weil sie sich auf falsche Paragraphen beziehen, zeigt wieder, dass Sie von der Materie nicht wirklich viel verstehen oder sich nicht entsprechend damit beschäftigt haben. Aber ich kann Ihnen gern Nachhilfe geben. Wenn Sie schon die Pensionshöhe verändern wollen, dann nehmen Sie bitte § 46 und nicht § 73 in der Übergangsregelung.

Aber auch hier, bitte noch klar festgelegt, und die Kollegin Vana hat es schon gesagt, wer verantwortlich ist im ASVG-Bereich und wer verantwortlich ist im Stadtbereich. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist eine Preisfrage!*) Im Stadtbereich haben wir diese Verantwortung in den letzten Jahren sehr wohl wahrgenommen, denn es haben die Erhöhungen auch bis zu den höheren Pensionen über die Inflation oder zumindest bis zur Inflation stattgefunden. Tun Sie nicht so, als ob jetzt hier das große Problem entstehen würde. Das große Problem waren Sie in den Jahren 2000 bis 2006, und hier wiederhole ich mich, als Sie den Kolleginnen und Kollegen die Pensio-

nen geraubt haben. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Jetzt sind aber schon etliche Jahre seither vergangen! Was tun Sie denn zur Verbesserung der Situation? Sie tun nichts!*) - Wissen Sie, das ist der Unterschied. Wir als Sozialdemokratie bekennen uns zu unserer Vergangenheit, die eine soziale Erfolgsgeschichte ist (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das sieht man!*) und Sie würden am liebsten alles ausblenden, was vorgestern war. Das sieht man in den Untersuchungsausschüssen. Das sieht man in Ihrem Handeln. Das sieht man in Ihren Taten, die Sie vorhaben. Sie leiden hier plötzlich an gemeinsamer Amnesie, aber ich werde noch zu ein paar Dingen kommen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sie blenden aus, was die letzten Jahrzehnte war!*)

Ich darf vielleicht auch noch zum Thema Nulllohnrunde, weil Sie den Antrag hier eingebracht haben, ein paar Dinge sagen. Ich verwehre mich als Gewerkschafter dagegen, dass hier im Landtag über Kollektivverträge, über Sozialpartnerverhandlungen drübergefahren wird (*Abg Mag Wolfgang Jung: Was tut die jetzige Regierung?*) und dass jemand glaubt, man kann hier abstimmen! Es gibt Sozialpartnergespräche. Es gibt Vereinbarungen auf Sozialpartnerebene. Ich glaube, wir wären gut beraten, dass man sich an die Ergebnisse, die bei diesen Verhandlungen getroffen werden, auch hält! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Wolfgang Jung: Wer ist Kanzler?*)

Wenn Sie hier hergehen und in Ihrer populistischen Art, wie Sie es immer tun, glauben, damit ein paar Stimmen erhaschen zu können, dann werden wir auch daran erinnern, was in der Vergangenheit war. Nämlich was war denn am 7.12.2011, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ? Da war nämlich die letzte Besoldungsänderung des Bundes im Parlament, wo wir uns als Gemeindebedienstete angehängt haben. Wer hat dort dagegen gestimmt? - Die Freiheitliche Partei! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Und warum?*) Oder was hat denn zum Beispiel der Herr Scheuch in Kärnten gesagt? Ich weiß schon, das ist auch wieder so, gehört alles nicht zu Ihnen, ist woanders, ist im Süden und Sie können sich auch nicht daran erinnern. Wir schon. Wir stehen auch zu unserer Vergangenheit. Aber was war denn? Was hat denn der Herr Scheuch gesagt? „Statt mit Beamten Gehaltsverhandlungen zu führen, soll man das Geld anderswertig verwenden.“ Das sind die Aussagen Ihrer Partei! Und Sie glauben jetzt wirklich, dass Sie irgendjemand ernst nimmt? Dann lesen Sie die Pressmeldungen nach. Internet macht es möglich, Google auch. Dann lesen Sie das nach. Wenn Sie glauben, dass Sie jetzt hierherkommen, ein paar billige Stimmen erhaschen können, weil Sie da populistisch hineinfahren, haben Sie sich getäuscht, denn wir werden den Kolleginnen und Kollegen genau das sagen, was es ist, nämlich dass es in Wirklichkeit nur eine sehr populistische Stimmen- und Effekthascherei ist. Wir werden Sie auch noch an ein paar vergangene Dinge erinnern.

Dass im öffentlichen Dienst die Gehaltsverhandlungsstrukturen einen Umbruch erleiden, der Kollege Aigner, glaube ich, hat es angesprochen, mit der Homogenität, die gefallen ist, stimmt, aber da haben auch zum

Beispiel Ihre Kärntner Freundinnen und Freunde massiv dazu beigetragen, weil auch in Kärnten 2010 ganz eine andere Valorisierung vorgenommen wurde. Dort hat man das Sozialpartnerergebnis mit 0,6 Prozent zur Kenntnis genommen, obwohl im Bund ganz etwas anderes ausgemacht wurde. Auch dort hat, bereits bevor beim Bund über Nulllohngruppen überhaupt noch gesprochen wurde, das Land Kärnten schon die Nulllohngruppe für das Jahr 2013 fixiert. Also tun Sie nicht so scheinheilig, als ob Sie sozusagen jetzt plötzlich bei der Gehaltspolitik die Retter der öffentlich Bediensteten wären! Sie sind es ganz im Gegenteil überhaupt nicht! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn Sie ein Problem mit Sozialpartnern haben, dann ist das auch nichts Neues zum Thema Vergangenheit. Jetzt komme ich zu einer jüngeren Vergangenheit. Ich glaube, es war das vorige Jahr, wo der Kärntner Landeshauptmann gesagt hat, die Gewerkschaften gehören eigentlich aufgelöst. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Bleiben Sie in Wien, Herr Kollege!)* Es war auch, glaube ich, ein bisschen länger zurückgreifend, dass die FPÖ, als sie in der Bundesregierung war, schon die Kammerbeiträge per Gesetz halbieren wollte. Das waren nicht wir. Das waren schon Sie. Das zeigt eigentlich Ihr großes Problem, das Sie mit Sozialpartnern und Sozialpartnereinigungen haben. Sie glauben, Sie können gesetzlich überall drüberfahren. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist nicht richtig!)* Nein, danke! Das brauchen wir nicht, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie hier jetzt auch herkommen und die Liebe zur Verwaltung entdeckt haben, dann frage ich mich, warum sich denn dann Ihr Parteivorsitzender - ich weiß, er wird sich dann wieder nicht erinnern können und er war es auch nicht - ins Parlament hinstellt, und das ist noch gar nicht so lange her, und sagt, 12 Milliarden EUR können wir in der Verwaltung, kein Problem, locker einsparen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja!)* - Sie sagen auch Ja, Herr Jung! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Aber nicht durchs Hinausschmeißen der Leute!)* Sie sind mathematisch begabt. 12 Milliarden EUR wollen Sie nachhaltig einsparen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja sage ich!)* Das heißt, dieser Euro wird nicht mehr ausgegeben. Wir haben in Österreich ein Volumen der Gehälter für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete im Ausmaß von 11 Milliarden EUR. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Das ist doch nicht bei den Gehältern!)* Wenn Sie 12 Milliarden EUR einsparen wollen, dann müssen Sie die Bundesverwaltung und noch zwei Bundesländer komplett zusperren! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ihr Verteidigungsminister will 8 000 Leute vor die Tür setzen!)* Das ist Ihre Idee, die Sie von Verwaltungsreform haben! Und Sie glauben, dieses mathematische Beispiel glaubt Ihnen irgendjemand? Das glaubt Ihnen sicherlich niemand!

Sehr geehrte Damen und Herren, damit komme ich auch noch zu ein paar Punkten der Vergangenheit. Das ist schon ein Phänomen der Freiheitlichen Partei, denn die Freiheitliche Partei ist eine Partei ohne Vergangenheit. Herr Strache ist ein Mann ohne Vergangenheit, denn er war grundsätzlich nirgendwo dabei, war nicht dort. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Der Einzige, dem in der*

*Vergangenheit sieben Jahre fehlen, ist Ihr Bundeskanzler!)* - Sie haben hier diese Pensionsgeschichte gestellt, unsere Idee war das ja nicht. Damit müssen Sie sich auch mit dem Spiegelverhalten der Vergangenheit und mit dem Konfrontieren auseinandersetzen! Wir haben dazu eine Erfolgsgeschichte zu schreiben, Sie leider nicht, aber das ist Ihr Problem! *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Dann haben Sie nicht aufgepasst!)*

Noch einmal, zwischen 2000 und 2005, wo Sie in Verantwortung waren, und man muss es noch einmal sagen, ist jedes Jahr, sechs Jahre lang, die Pension deutlich unter der Inflationsrate angepasst worden. Sie haben zusätzlich die Renten von Unfallopfern, Invaliden gekürzt und besteuert. Sie haben bei Kranken die Ambulanzgebühren eingeführt. Das waren nicht wir, das waren Sie in Ihrer Regierung! Es ist Krankengeld kürzer bezahlt worden. Es ist vieles andere auch noch passiert. Sie haben den Wohlfahrtsstaat massiv unter Druck gesetzt. Sie können nicht sagen, Sie waren nicht dabei. Die Archive zeigen einfach etwas ganz anderes und zeigen, dass Sie diese Dinge oft mit Begeisterung mitgetragen haben. Sie haben massiv umverteilt, von unten nach oben. Sie haben vieles nicht getan.

Wenn wir zu dem vielen kommen, was nicht getan wurde, dann werden wir noch zu ein paar Punkten kommen. Was hat nämlich die Regierungsbeteiligung damals zur Familienfreundlichkeit im Parlament beigetragen? *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Wer ist jetzt in der Koalition?)* Sie haben damals, als Beispiel, kein einziges Mal in diesen fünf Jahren die Familienbeihilfe erhöht. Was hat damals die FPÖ für Arbeitslose getan? Sie hat in der aktiven Arbeitslosenbekämpfung die Mittel nicht erhöht, obwohl es damals eigentlich eine Rekordarbeitslosigkeit von 360 000 gegeben hat. Die FPÖ hat zu diesem Zeitpunkt keinen Finger gerührt. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Wir haben jetzt eine Rekordarbeitslosigkeit in Wien!)* Wenn man sich auch noch anschaut, was hat die FPÖ damals zu den Jugendlichen gesagt und dann hat sie den Lehrlingen nicht geholfen, denn Sie haben die Probezeit in den Betrieben verlängert und haben die Behaltfrist gekürzt. So schauen Ihr soziales Gewissen und Ihr soziales Engagement aus! *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Die jetzige Rekordarbeitslosigkeit fällt in Ihre Verantwortung!)*

Wir haben im Gegensatz dazu in Wien für 4 000 Jugendliche zusätzliche Ausbildungsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, während Sie diese, als Sie in der Verantwortung waren, abgeschafft haben! *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Trotzdem haben wir jetzt eine Rekordarbeitslosigkeit in Wien!)* Wir werden Sie ständig daran erinnern! Da kommen Sie uns nicht aus! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was hat die FPÖ für Pensionsbezieher getan? Sie haben es dann auch noch als Verhöhnung Pensionssicherungsreform genannt. Das zweite Mal haben Sie es dann Pensionsharmonisierung genannt. Weil es heute hier schon gesagt worden ist, dass Sie jetzt so Sorge um die Wiener Beamtenpensionistinnen und Beamtenpensionisten haben, 2004 hat Herr Strache in einer Aussendung vom 13. Juli, wenn Sie wieder googeln wollen,

gesagt, die Bundesebene zeigt Wien, wo es langgeht. Also tun Sie nicht so scheinheilig, als ob Sie jetzt Schutzherrn und Schutzherrinnen der Pensionisten und Pensionistinnen in Wien seien! (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Schutzmenschen klingt besser!*) Sie haben damals ein klares Minus für unsere Wiener Beamtenpensionistinnen und Beamtenpensionisten verlangt.

Was haben Sie noch gemacht? Sie haben es in Wirklichkeit wegbringen wollen von der starken ersten Säule auf eine Pensionsvorsorge, die kapitalgedeckt ist. In Wirklichkeit haben wir jetzt die Problematik, dass sich die Kolleginnen und Kollegen, die hineingegangen sind, die Suppe selbst auslöffeln können und bei den Betriebspensionen im Stich gelassen worden sind.

Soweit zu den Themen. Wahrscheinlich werden Sie uns dann am Ende des Tages wieder sagen, Sie waren nicht dabei.

Aber ich habe auch einen Beitrag für Sie zum Thema Landarbeitsgesetz und zum Thema Saisonarbeiter und Tourismus, denn die Zahl, als damals die FPÖ ans Ruder gekommen ist, war plötzlich 12 000, und im Gegenteil hat dann die FPÖ die Pensionsversicherungspflicht nur auf der Arbeitgeberseite abgeschafft, damit sozusagen die ausländischen Erntehelferinnen und Erntehelfer wesentlich billiger waren, als es die inländischen Erntehelferinnen und Erntehelfer waren.

So schaut Ihre Politik aus, wenn Sie ans Ruder kommen! Das ist Ihre Vergangenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie würden es, wenn Sie in Regierungsverantwortung kommen, was eh keiner will, wieder so tun! Sie würden die Kleinen, Sie würden die sozial Schwachen und Sie würden die Pensionistinnen und Pensionisten zur Kasse bitten! Daher, nein danke zu dieser FPÖ! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Lassen wir die Jahre 2000 bis 2006 weg. Sie haben dann im Parlament auch noch ein paar Mal andere Chancen gehabt, Dinge im Sozialbereich zu tun, weil Sie sich hier so viele Sorgen um Kleinverdiener und Mittelverdiener machen. Welche Möglichkeiten hätte es da noch gegeben?

2008 hat es ein Vorziehen der Pensionserhöhung gegeben. 2008 wurde die Pensionserhöhung 2009 vorgezogen, damit mehr Geld ins Geldbörsel kommt. Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Gratiskindergarten im Bund und das verpflichtende Kindergartenjahr: Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Arbeitslosenversicherungsbeiträge für alle abgeschafft oder gesenkt, die weniger als 1 350 EUR monatlich verdienen: Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Konjunkturbelebungsgesetze im Parlament, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen: Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Rezeptgebührendeckel, damit Menschen nicht auch noch finanziell leiden: Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Neue Mittelschule, eingebracht, damit sozialer Aufstieg für alle Kinder möglich ist: Die FPÖ hat dagegen gestimmt.

Bei der letzten Pendlerpauschale: Wer, glauben Sie, hat dagegen gestimmt, als sie erhöht worden ist? - Die FPÖ. (*Abg Heinz Hufnagl: Die soziale Heimatpartei!*)

Nein danke zu Ihrer Sozialpolitik! Wir brauchen diese nicht! Weder hier in der Stadt noch im Bund, meine Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wenn Sie hier auch noch etwas zu den Gebührenerhöhungen und Gebührenabgaben meinen, will ich den Tag nicht länger strapazieren (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das tun Sie schon!*), aber ich habe da allein zwei Seiten mit Gebührenerhöhungen und Gebührenabgaben, die Sie in Ihrer schwarz-blauen Zeit in den ersten Wochen und Monaten vorgenommen haben. Nur ein paar Highlights: Verdoppelung der Elektrizitätsabgabe, Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer, zweimalige Erhöhung der Tabaksteuer, Einführung eines Mindestpreises für Zigaretten, Erhöhung der Biersteuer, und so weiter und so fort. Wenn Sie jetzt so tun, als hätte es unter Ihrer Zeit keine Gebührenerhöhung gegeben, könnten wir Ihnen auch da gerne noch stundenlang zu den einzelnen Themen Nachhilfeunterricht geben. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Aber Ihre Gebührenerhöhungen sind schon ein bisschen viel!*) Aber es ist halt so, wie es ist, Sie sind nicht die Vertreterinnen und Vertreter der sozial Schwachen, Sie sind auch nicht die Vertreterinnen und Vertreter der Pensionistinnen und Pensionisten und Sie sind auch nicht die Vertreterinnen und Vertreter unserer Kinder und unserer Jugendlichen! Das sind wir, sehr geehrten Damen und Herren, und das werden wir auch bleiben! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Wolfgang Jung: Deswegen haben wir auch so viel Prozent an Stimmen bei der Wahl errungen!*)

Ich glaube, dass diese Landtagssitzung, die Sie hier einberufen haben, in Wirklichkeit ein kräftiges Eigentor war, sehr geehrte Damen und Herren! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Freuen Sie sich nicht zu früh!*) Ich habe mit der Verwunderung auch festgestellt, dass Sie gemeinsam mit der Opposition diskutiert und gar nicht uns angesprochen haben, als Frau Korosec da gesprochen hat. Das heißt, hier ist sich die Opposition auch nicht wirklich einig, sind die Pensionen jetzt zu hoch oder zu niedrig. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Zwei verschiedene Parteien!*) Ich glaube, dass Sie in Wirklichkeit uns die Gelegenheit gegeben haben, und dafür sage ich Danke schön, dass wir Ihre wahre soziale Kälte hier noch einmal aufzeigen konnten. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Dann haben Sie aber keine Ahnung!*)

Zum Abschluss, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich auch noch einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, wo es um die Erhöhung der Politikerbezüge geht, die jetzt, soweit ich den Medien entnehmen kann, zumindest diskutiert wird. Wir bringen hier ein:

„Der Landtag wolle beschließen, die Bundesregierung wird ersucht, die angekündigte Erhöhung der Bezüge von PolitikerInnen im kommenden Jahr nochmals zu überdenken sowie für eine gerechte Vermögensbesteuerung“ - auch darüber könnten wir noch viel diskutieren – „zu sorgen, damit künftige Nulllohnstunden für alle vermieden werden können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Ich gebe ihn dann entsprechend hinauf.

Sehr geehrte Damen und Herren, was wir in diesem Land brauchen, ist Gerechtigkeit. Was wir in diesem Land und in dieser Stadt brauchen, ist Verteilungsgerechtigkeit. *(Abg Mag Dr Barbara Kappel: Wir brauchen eine andere Regierung!)* Wir als Sozialdemokratie werden dafür sorgen! - Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich darf bekannt geben, dass Frau Abg Kickert von 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr entschuldigt ist, ebenso Herr Abg Nepp von 12.45 Uhr bis 14 Uhr.

Ich darf feststellen, dass die Redezeit jedes weiteren Redners nunmehr mit 15 Minuten begrenzt ist. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Rösch. - Ich bitte darum.

Abg Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es war jetzt ganz interessant, wie sich die einzelnen Fraktionen gewunden haben *(Abg Mag Thomas Reindl: Sie haben etwas gehört, das interessant war!)*, an und für sich fairen Lösungen, wie Sie es immer selbst gesagt haben, mitzustimmen. Wenn man sieht, dass die Inflation 2,8 Prozent ist, das heißt, wenn man in Wirklichkeit um 2,8 Prozent weniger kaufen kann, dann kann man, wenn man gerecht ist, das nur mit 2,8 Prozent ausgleichen.

Jetzt gebe ich schon zu, wenn man aus irgendwelchen Gründen nicht gerecht sein will oder kann, weil man irgendjemand etwas versprochen hat oder wegnehmen muss oder weil einem der ESM-Vertrag über den Kopf wächst oder sonstige Pleiten zu viel Geld kosten, dann muss man irgendjemand etwas wegnehmen. Den ganz Reichen werden wir es nicht so schnell wegnehmen *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Das wollen Sie ja nicht!)*, weil das Geld ist ein scheues Tier und ist sofort weg. Den Mittelstand hat man schon ziemlich ausgedünnt. *(Abg Mag Thomas Reindl: Sie reden von Ihren Parteigenossen!)* Und die Armutskonferenz hat euch, der SPÖ und den GRÜNEN, bescheinigt, dass die Armut am Galoppieren ist. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, in Kärnten! Das gehört euch!)* - Ich habe gar nicht gewusst, dass Kärnten die Bundesregierung beeinflusst, aber mag auch das sein *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Wir wissen eh, wie es bei euch aussieht!)*, und dass es Wien beeinflusst, habe ich auch nicht gewusst. Dann seid ihr aber nicht wirklich fähig, Politik zu machen, weil wenn ihr immer nur auf Kärnten hören müsst, dann tut mir das irgendwie leid! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Rüdiger Maresch: Ihr seid diejenigen, die immer nur auf Kärnten hören!)*

Der Kollege Meidlinger hat gesagt, da hat irgendwer ein Problem mit den Sozialpartnern. Auf jeden Fall habe ich herausgehört, er hat kein Problem mit den Sozialpartnern. *(Abg Ing Christian Meidlinger: Stimmt!)* Jetzt ist die Frage mit der Nulllohnrunde. Da habe ich das, glaube ich, missverstanden, weil da weiß ich, dass zum Beispiel im KAV, wo Nulllohnrunden auch vorgesehen worden sind und dann die freiheitlichen Arbeitnehmer einen Antrag gegen so eine Nulllohnrunde gestellt haben, plötzlich andere Fraktionen auch aufgestanden sind und gesagt haben, das wollen sie auch machen, da sind sie ganz d'accord, das wollen sie auch nicht. Jetzt weiß ich

nicht, ob ich das richtig gehört habe, weil das hat er da nicht wirklich gesagt. Steht er für die Nulllohnrunde oder gegen die Nulllohnrunde? Da hätte ich gerne einen Zwischenruf, den ich leider Gottes jetzt nicht bekomme *(Abg Ing Christian Meidlinger: Ich stehe zur Sozialpartnerschaft!)*, weil das wahrscheinlich sehr schwierig zu beantworten ist. Wer ist gescheiter? Ich oder ich? Mutiger? Ich oder ich? Oder wo stehe ich überhaupt? Für wen stehe ich überhaupt? Ich rede da nicht von irgendetwas Abstrusem. Das hat es jetzt gerade gegeben. Ich meine, das Ganze ist eine Woche alt. Kann man wirklich für eine Nulllohnrunde sein und sagen, man ist fair? Ich weiß schon, manche Gesamtkonzepte fordern manchmal auch Opfer. Aber dann muss man das im Gesamtkonzept einfach sagen und nicht schleichend machen.

Wir haben keine Krise gehabt, als Vranitzky Pensionsbriefe geschrieben und gesagt hat: „Ihr seid mir so wichtig, dass euch nichts passieren wird.“ Nach dem Brief ist etwas passiert, aber nicht zum Besseren der Pensionisten, sondern zum Schlechteren der Pensionisten. Wer es nicht glaubt, liest nach und schaut sich das Datum an. Es ist schon sehr lange her. Von der Krise war noch keine Spur. *(Abg Mag Thomas Reindl: Im vorigen Jahrhundert!)*

Dann ist es dahingegangen. Wem kann man denn etwas wegnehmen? Denjenigen, die sich nicht mehr wehren können. Denjenigen, die in ihrem Berufsleben nicht mehr aktiv noch etwas steuern können. Denjenigen, die darauf angewiesen sind, dass sie Geld bekommen. *(Abg Mag Thomas Reindl: Biologisch und gedanklich!)* - Biologisch und gedanklich? Was ist damit los? *(Abg Mag Thomas Reindl: Reden Sie auch über Ihren letzten Stuhlgang?)* - Ist das nicht wahr, was ich sage? Sagen Sie, dass das nicht wahr ist! *(Abg Mag Thomas Reindl: Sie reden sehr viel!)* Sagen Sie, dass wir jetzt in Wirklichkeit immer mit der Benya-Formel Löhne ausgeglichen haben und auch ganz fair zu Pensionisten waren! Sagen Sie, dass der Skylink und der Hauptbahnhof, wie es jetzt aussieht, das AKH, das Stadthallenbad, der Prater-Vorplatz und die ganzen Spekulationen in Wirklichkeit nicht finanziert werden müssen! *(Abg Mag Thomas Reindl: Was hat das mit Pensionen zu tun?)* Wer finanziert Sie denn? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wollen wir den Bürger wirklich für so dumm verkaufen, dass wir ihm sagen, das zahlen uns die Banken alles zurück, die Spekulanten werden uns das Geld überweisen, er braucht keine Angst zu haben, auch er kriegt seine Zinsen mit Zinseszinsen, so wie uns noch gesagt wurde, dass die ganzen Griechenlandgelder ein gutes Geschäft sind. Ich kann mich noch daran erinnern. Meine Fraktion kann sich noch daran erinnern, andere wahrscheinlich nicht mehr. Aber das ist halt, weil wir länger zurückdenken können *(Abg Nurten Yilmaz: Bis 2006!)* und die Halbwertszeit des politischen Gedächtnisses bei der SPÖ vielleicht nicht so lange ist. *(Abg Godwin Schuster: Lassen Sie halt ein paar Zeilen aus!)* Oder könnt ihr euch erinnern? Ein gutes Geschäft, oder? *(Abg Godwin Schuster: Die Zeit, wo Sie nicht verantwortlich waren, merken Sie sich!)* War das ein gutes Geschäft, oder nicht? Ist der ESM-Vertrag vielleicht ein

gutes Geschäft? Haften wir dort zu ungeteilten Händen? Wem werden wir dann das Geld wegnehmen, wenn dann plötzlich Spanien ausfällt, wenn dann plötzlich Italien ausfällt, vielleicht Frankreich ausfällt, wenn irgendwelche dann vielleicht gar nicht wirklich zahlen wollen? (*Abg Godwin Schuster: Wenn Europa ausfällt!*) Zu ungeteilten Händen, 1,3 Billionen. (*Abg Godwin Schuster: Das möchten Sie am liebsten! Das ist genau Ihre Sichtweise!*) Ihr wisst, wie das funktioniert! (*Beifall bei der FPÖ.* - *Abg Godwin Schuster: Das ist verantwortungslos!*)

Verantwortungslos ist das, wenn ich es nur aufzeige? (*Abg Godwin Schuster: Total verantwortungslos!*) Das wird immer interessanter! Diejenigen, die die Schulden in Wirklichkeit auftürmen, sagen zu den anderen, die nur wagen, sie aufzuzeigen, verantwortungslos! (*Abg Godwin Schuster: Sie haben Europa nicht verstanden!*) Das sind Vertuschungen, die ich einfach nicht verstehe! (*Abg Godwin Schuster: Wenn Frankreich ausfällt, ist das nicht verantwortungslos?*) Und der Bürger versteht Sie auch nicht! Der Bürger wird sicher das nächste Mal wissen, wo er sein Kreuzerl macht! (*Abg Godwin Schuster: Ja, ja! Das sind Geschlechterln!*) Ihr könnt solche Verschleierungstaktiken à la longue nicht machen. (*Abg Godwin Schuster: Stellen Sie sich vor, Frankreich würde ausfallen! Ein Wahnsinn!*) Es ist ganz einfach schon zu viel.

Deswegen fürchte ich mich auch vor eurer Erbschaftssteuer, weil auch wenn ihr sagt, dass ihr die Reichen erwischen wollt, werdet ihr die Reichen nicht erwischen (*Abg Godwin Schuster: Wir zahlen zur Zeit mehr an Kärnten als an Griechenland!*), weil ihr werdet nämlich alle erwischen wollen, weil ihr das Geld braucht (*Abg Mag Thomas Reindl: Sie verstehen den ESM-Vertrag nicht!*) und weil dieser ganze ESM-Vertrag in Wirklichkeit, leider Gottes, uns noch einiges an Bürden auferlegen wird. (*Abg Godwin Schuster: Wie in Kärnten!*)

Aber wir machen immer große Versprechungen und salbungsvoll wird immer gesagt, was alles Tolles passiert und wie der Staat zu Geld kommt und dieses und jenes. Die kalte Progression hat uns gezeigt, dass wir in Wirklichkeit mittlerweile viel mehr Geld einnehmen, weil, Gott sei Dank, doch irgendetwas steigt, auch wenn es nicht über der Inflation steigt, aber ein bisschen steigt es doch, alles Richtung Obergrenzen und damit wird ganz einfach das Geld abgeschöpft und damit kann man wieder irgendwelche Projekte finanzieren, die man in Wirklichkeit hätte bleiben lassen können.

Aber was hat man in der Politik sonst noch für Mittel, wie man ganz einfach zu Geld kommt? Man kann natürlich auch einen Sozialabbau leisten, indem man zum Beispiel vor den Wahlen noch einen Heizkostenzuschuss mit 200 EUR gehabt hat, diesen nach den Wahlen plötzlich auf 100 EUR reduziert hat und dann sagt, das können wir uns sonst halt nicht mehr leisten. Aber das ist genau das, was sofort schlagend wird und wo wir sofort sehen, da klingelt es in der Kassa, da brauchen wir weniger auszugeben. Das ist so ein Instrument. Auch wenn wir sehen, dass zum Beispiel gerade die Heizkosten, Warmwasser und Heizen, in Wirklichkeit in den letzten 5 Jahren um 200 EUR gestiegen sind, wenn wir sehen,

dass die Abgaben und Gebühren um 400 EUR gestiegen sind, dann vergönnen wir den armen Pensionisten - ich sage nicht, den reichen, sondern den armen Pensionisten - und den Armen in Wien keine 200 EUR, sondern nehmen ihnen 100 EUR weg. Deswegen will ich den Präsidenten korrigieren. Wir haben zwar für die Verdopplung plädiert, aber die Halbierung ist eingetreten. Den Zusatz möchte ich schon noch dazusagen und möchte ihn auch immer wachhalten, damit ihr auch wisst, dass wir so etwas nicht vergessen.

Über die Inflation - das ist wahrscheinlich das einzige Instrument, das wir in der Europäischen Union für die Länder noch vorgesehen haben - können wir halt spielen. Wie willst du, wenn die Bevölkerung schon nicht mehr belastbar ist, der Bevölkerung noch Geld aus den Taschen ziehen? Das geht nur über die Inflation. Seien wir uns ganz ehrlich! Volkswirtschaft davor. Sie werden sagen, auch wenn ein Politiker es gut meint, er kann doppelt arbeiten gehen, er kann dann die eine Hälfte spendieren, aber es wird einen Staatshaushalt nicht sanieren. Es geht also nur über die ganz großen Schrauben. Das ist halt die Inflation, über die wir das spielen. Und dann sind wir einfach nicht bereit, weil sonst bräuchte man die Inflation nicht so voranzutreiben, das dem Bürger weiterzugeben, sodass wir das ausgleichen. Deswegen kann ich das Wort fair schon nicht mehr hören.

Von der Kollegin Vana habe ich das Wort fair sowieso nur ganz leise verstanden. Es war ein kurzes Aufblitzen mit diesem Thema heute. Sonst hat sie uns, zu meiner Verwunderung, erklärt, dass sie die FPÖ nicht mag. Also jetzt weiß ich es auch. (*Abg Dr Monika Vana: Das stimmt!*) Ich weiß aber trotzdem noch immer nicht, warum. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Eine Denksportaufgabe ist das!*) Aber vielleicht habe ich das dann nicht mitbekommen. Irgendetwas war mit der Frau Meschar. Sie soll eine Pensionserhöhung darüber hinaus kriegen, oder nicht? (*Abg Dr Monika Vana: Nein!*) - Dann habe ich mich verhört. Aber, wie gesagt, da werden Sie sich sicher darum kümmern, weil bei einer Person wird es Ihnen sicher gelingen, dass Sie einen Ausgleich über Ihre Partei schaffen können.

Wie gesagt, das von den Heizkosten, wo ich jetzt noch einmal zum Sozialabbau zurückgehe, von 800 EUR im Jahr 2009 auf 1 000 EUR im durchschnittlichen Haushalt von 2012, zeigt in Wirklichkeit, wie wir mit Armen umgehen. Wir reden jetzt nicht über die Reichen, wir reden auch nicht über den Mittelstand, den wir so dringend brauchen, der in Wirklichkeit den Wohlstand widerspiegelt, sondern wir reden jetzt wirklich über diejenigen, die schon kein Geld mehr haben, über die 105 000 Pensionisten, die nicht wissen, wie sie diesen Winter durchheizen sollen. Ich hätte mir schon erwartet, dass man heute irgendeine Antwort genau für diese Gruppe bereitstellen und sagen wird: „Wir sind zwar nicht für eure Anträge, aber es war ein Anreiz, dass wir uns selbst Gedanken machen, und da gibt es tatsächlich Situationen, wo Menschen einfach Hilfe brauchen.“ - Da hört man gar nichts! Man hört nur: „Wir mögen die FPÖ nicht, weil sie so einen Landtag zu diesem Thema einbe-

ruft. - Über dieses Thema, über das wir in Wirklichkeit ja gar nicht sprechen wollen, denn wir wissen ja, was wir tun, wir wissen, was wir angerichtet haben, und warum sollen wir das publik machen? Irgendwann wird es schon wieder besser werden, und dann können wir wieder Geschenke verteilen.“

Die Zukunft sieht nur nicht so aus. Man muss auf Frau und Herrn Österreicher wirklich stolz sein, denn trotz dieser schlechten Finanzpolitik geht es uns im Allgemeinen noch immer recht gut. Aber es verpflichtet uns ganz einfach, wirklich auf die zu sehen, denen es nicht so gut geht. Und da passiert mir einfach zu viel.

Ich habe in so vielen Bereichen schon über die Kinder gesprochen, aber die sind heute nicht das Thema. Heute sind die Pensionisten das Thema, und auch die Nulllohnerrunden, denn genau dort können wir die Pensionen aushöhlen. Wenn wir im aktiven Leben nicht rechtzeitig darauf achten, dass wir das Ganze richtig erhöhen, dann wird es trotz Zinseszinsen automatisch weniger. Aber nicht nur dieser Faktor greift.

Wir waren uns alle einig, dass wahrscheinlich auch irgendetwas mit der aktiven Einkommenszeit passieren muss – 45 Jahre, 50 Jahre, da wissen wir noch nicht genau, wohin für die Jüngeren die Reise gehen wird. Da haben wir gewusst, 10 Jahre kann es nicht sein, und haben gesagt, okay, das muss länger sein. Aber es kommt dann noch - und das schmälert die Pensionen - die lebenslange Durchrechnungszeit dazu, mit allen Beträgen, die erwirtschaftet und eingenommen, also erarbeitet wurden, die natürlich auch wieder die Pensionen schmälern werden. Wir wissen, dass wir mit drei Faktoren die Pensionen beinhaltet nach unten treiben. Für einen Maurer, einen Kellner oder einen Saisonier ist es nicht möglich, auf die 45 Jahre zu kommen. Und es ist für sie auch nicht möglich, in der Zeit, in der sie nicht arbeiten, Beiträge zu zahlen. Es ist einem Studenten, einem Lehrling am Anfang nicht möglich, ordentliche Beiträge zu zahlen, die so pensionsbegründend sind, dass sie nicht die Pension derart schmälern, dass man de facto am Schluss daran glauben muss und es nur mehr die einheitliche Armenpension geben wird, die die Sozialisten in Wirklichkeit haben wollen.

O-Ton: 300 - ist unwahrscheinlich 300 000 Vollzeitbeschäftigte sind an der Armutsgrenze. Ich ziehe den Hut vor ihnen, weil sie nicht in die Mindestsicherung gehen, sondern trotzdem arbeiten. Es mag irgendwo noch ein soziales Gefühl dabei sein, das sie aufrechterhält, nämlich für nahezu keinen Betrag, den sie mehr als die Mindestsicherung verdienen, jeden Morgen aufzustehen, um ihrer Vollzeitbeschäftigung nachzukommen. Aber auch sie sind die Verlierer in diesem Pensionssystem, wenn wir jedes Mal bei den Erhöhungen unter der Inflation bleiben. Und wir reden noch gar nicht von der Kaufkraft, die ja, wie wir das heute schon einmal gehört haben, auch von der Produktivitätssteigerung gekennzeichnet ist. Daher möchten wir, wie der Herr Präsident schon angekündigt hat, den Beschlussantrag einbringen:

„Der Wiener Landtag wolle beschließen: Der Wiener Landtag ersucht die Wiener Landesregierung, für die im aktiven Dienst stehenden Beamten und Vertragsbedienst-

teten Wiens eine den Kaufkraftverlust deckende Gehaltsanpassung in der Höhe von mindestens 2,8 Prozent zu beschließen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Ich gebe noch einmal zu bedenken, die Inflation ist 2,8 Prozent, es ist nur fair, Pensionisten das Gleiche zuzugestehen und sie nicht für die Schuld unserer Politik auszusaugen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau StRin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gleich zu Beginn, es ist ja heute von den beiden Regierungsparteien durchaus Kritik geäußert worden, dass wir uns – und ich setze es jetzt bewusst unter Führungszeichen – erfreuen, zu diesem Thema heute einen Sonderlandtag einzuberufen.

Sehr geehrte Damen und Herren der Regierungsfraktionen! Wir werden zu jedem Thema, von dem wir meinen, dass wir darüber sprechen müssen und sollen, das zulässig ist und wir die Möglichkeit haben, eine Sitzung, eine Dringliche Anfrage, einen Dringlichen Antrag oder sonst etwas auf die Tagesordnung bringen, wenn es uns wichtig erscheint. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sehen das als ein ganz grundlegendes Recht und wir sehen das auch als eine Pflicht. Wir vertreten ja immerhin rund 27 Prozent der Wiener Wählerinnen und Wähler, und für die wollen wir auch da sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, und da wende ich mich jetzt besonders an Sie von der Sozialdemokratie! Sie müssen das doch auch kennen oder Sie müssten das doch auch in den letzten Monaten erfahren haben, dass in die Ansprechstellen, die wir der Bevölkerung bieten, verstärkt Seniorinnen und Senioren kommen. Egal, ob das jetzt eine Institution der Stadt ist, aber natürlich auch in die politischen Institutionen, wie etwa bei Ihnen in den Sektionen, wo oft gleichzeitig ja auch ein Pensionistenklub untergebracht ist, oder in den Bezirksvertretungen. Wir sehen es in unseren Sprechstunden oder bei Veranstaltungen. Die Leute kommen zu uns, und es kommen verstärkt vor allem Seniorinnen und Senioren, die nicht wild protestieren wollen und auch nicht matschkern – wie einmal ein politischer Vertreter von Ihnen gesagt hat –, sondern die ganz einfach darüber klagen, dass sie mit ihrer Pension nicht über die Runden kommen, weil sich eben die äußeren Umstände, die Gebühren, die Kosten für Energie, auch die Kosten für Mobilität – da komme ich noch dazu *(Abg Godwin Schuster: Die Abschlüge wegen eurer Pensionsreform!)* –, dermaßen verteuert haben, dass es nicht möglich ist, über die Runden zu kommen. Und ab und zu, und das werden Sie auch kennen, werden wir um eine Unterstützung gebeten. Da geht es nicht um Lawinen an Unterstützung, das sind oft sehr kleine Beträge, die den Leuten fehlen, um etwa eine Reparatur zu bezahlen, aber auch um ein paar Gesundheitsschuhe zu erwerben, damit sie dann, wie vorhin angesprochen, auch teilnehmen können.

Um zu verhindern und zu vermeiden, dass sie in Ein-

samkeit verharren müssen, braucht es nicht nur entsprechende Veranstaltungen und Institutionen für Senioren, sondern die Leute müssen auch ihrem Alter und ihrer Mobilitätsfähigkeit entsprechend von A nach B kommen. Und da ist es nicht immer leicht, und da hat auch die Stadt Wien oder die Wiener Stadtregierung einiges dazu beigetragen, dass es schwerer geworden ist. Denn es gibt nicht nur den öffentlichen Verkehr, beziehungsweise kann von betagten Menschen nicht immer der öffentliche Verkehr als einziges Verkehrsmittel wahrgenommen werden, das möchte ich Ihnen schon sehr ernsthaft sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch ein Thema einflechten, das die Senioren, die Pensionsbezieherinnen und -bezieher auch stark betrifft. Das war der geänderte Zugang zu den Pflegestufen durch die Novelle des Bundespflegegeldgesetzes. Statt 50 muss man jetzt 60 Stunden vorweisen, und Sie alle werden es doch im persönlichen Umfeld oder auch in ihrem Bekanntenkreis oder durch die Menschen, die Sie ja vertreten und auch in irgendeiner Form politisch betreuen, wissen, dass es viele gibt, die einfach nur 40 oder 50 Stunden an Unterstützung und Zuwendung brauchen, und die können sie sich dann in der Regel selber zahlen. Für eine kleine Pension bedeutet das sehr viel Geld. Da geht es wirklich oft um 100 oder um 200 EUR.

Ich glaube, das muss man auch berücksichtigen: Die Dienstleistungen, die alte Menschen, die Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität brauchen, sind nicht billiger geworden, die Dienstleistungen sind teurer geworden. Und so sehr wir uns natürlich alle wünschen – und das ist ja auch der richtige Weg –, dass Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben, umso mehr brauchen sie aber auch Unterstützung, doch die Familie ist leider nicht immer in der Lage, das ohne finanzielle Abgeltung zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie müssen auch berücksichtigen, dass dieses Leben, das einigermaßen mobil sein soll, das auch in einer möglichst guten sanitären Ausstattung stattfinden soll, ältere Menschen sehr viel Geld kostet. Viele sind daher Monat für Monat, und gerade über die Wintermonate, mit der großen Sorge behaftet: Hält meine Therme durch? Hält mein Durchlauferhitzer durch? Hoffentlich habe ich keine größere Reparatur!

Diese Menschen kommen zu uns, und diese Menschen kommen in letzter Zeit sehr stark zu uns. Das ist nach den Menschen, die auf die derzeitige Parkraumbewirtschaftung, auf das Parkpickerlchaos in Wien reagieren, die größte Gruppe, die sich an uns wendet. Daher bin ich fest davon überzeugt, dass es richtig ist und richtig war, dass wir heute über dieses Thema sprechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Kollegen haben ja schon sehr viel zu den Zahlen gesagt, daher möchte ich auf manches, das von Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden ist, zurückgreifen. Die Frau Kollegin Korosec hat davon gesprochen, dass es nur mit einer dramatischen Einschränkung bei den Pensionen möglich sein wird, das Budget zu retten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben seit 1956 ein einziges Budget gehabt, das ausgeglichen war, sonst hatten wir immer Minusbudgets, auch unter ÖVP-Finanzministern. Es gibt hier sicher auch andere Wege der Budgetsanierung, als einzig und allein die Pensionen nicht zu erhöhen.

Wir lesen heute in „Heute“: „8,8 Prozent mehr Gage für EU-Beamte!“ Das muss man sich auch leisten wollen. Wir zahlen da mit. Und noch dazu ist es damit nicht getan, sondern es fallen auch 5,5 Prozent an einer Sondersteuer weg.

Schön und gut, das wollen wir uns leisten. Hier ist Österreich beteiligt. Der ganze Block an EU-Zahlungen kostet uns sehr viel Geld. Das wollen wir uns leisten. – Und wir sagen eben, das soll man nicht bei den Österreicherinnen und Österreichern in der Art einsparen, dass diese dann in die Armutsfalle geraten. Aber leider gilt das für viele der älteren Menschen, denn Armut ist – das ist nachgewiesen – alt, leise und weiblich, und wir treffen genau diese Personen damit, wenn wir nicht dafür sorgen, dass sie wenigstens so viel an Pension erhalten, dass sie über die Runden kommen. Und da geht es nicht darum, Reichtümer zurückzuliegen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Daher sehe ich unsere heutige Initiative, die von unserem Landtagspräsidenten Johann Herzog ausgegangen ist, der ja auch unser Vertreter der Senioren ist, für vollkommen richtig und auch für gerechtfertigt. Es hätte jeden gewundert, kämen nicht wieder die giftigen Attacken auf die schwarz-blaue Bundesregierung, die es, ja, einmal gegeben hat, aber die jetzt schon einige Jahre vorbei ist. Mittlerweile sind Sie wieder in der Regierung und sind nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene durchaus verantwortlich für das, was passiert, sind durchaus auch verantwortlich, wie es unseren älteren Menschen in diesem Land geht.

Ich würde Ihnen raten, suchen Sie einmal so einen durchschnittlichen Fußpflegesalon in der Vorstadt auf. Dort werden Sie in Erfahrung bringen, dass die Leute nicht hingehen, um kosmetischen Schnickschnack zu machen, sondern dort gehen vor allem betagte Menschen zur Fußpflege, damit sie dann halbwegs schmerzfrei von A nach B gehen können. Und ich weiß, dass es mittlerweile so ist, dass viele Menschen, die diese oft medizinische Fußpflege in einem Vier-Wochen-Rhythmus durchführen lassen konnten, dieses Intervall mittlerweile auf sieben oder acht Wochen ausdehnen. Nicht deshalb, weil sie zu faul sind, um hinzugehen, sondern weil sie es sich einfach nicht leisten können.

Ich glaube, es ist hoch an der Zeit, dass wir das zur Kenntnis nehmen. Wir haben, wie gesagt, entsprechende Anträge eingebracht, dort, wo Wien in der Verantwortung ist, und wir hoffen doch sehr, dass Sie entgegen Ihrer Ankündigung dafür Verständnis finden.

Sie haben nach langem geschäftigen Hin und Her, was hier zu sehen war, auch einen Antrag eingebracht. Mein Kollege Mahdalik wird darauf noch reagieren. Ich sage nur so viel: Wir werden ihm nicht zustimmen, und zwar deshalb, weil für uns auch schon nach Wortmeldungen von Ihnen über gerecht ganz klar ist, dass wir

hier einen unterschiedlichen Ansatz haben. Es ist der Passus einer gerechten Vermögensbesteuerung drinnen, den Sie aber in einer Wischivaschi-Ausführung nicht näher definieren und der sich daher sicher wieder nicht mit unseren Ansichten über eine gerechte Besteuerung deckt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wiederhole auch den Appell meiner Vorredner aus der Fraktion. Vorredner – ich bin eine Rednerin, die Frau Kollegin Dr Vana hat sich heute Sorgen gemacht, ob auch eine Frau zu Wort kommt. Ja, selbstverständlich! Und ich kann es sogar für meine – ich bin mittlerweile fast 55 – weitere politische Laufbahn nicht ausschließen, dass ich mich wesentlich stärker auch im Bereich Senioren einbringen werde.

Daher, guter Vorschlag! Ja, ich finde auch, dass mehr Frauen hier vertreten sein sollten. Wir haben sie auch und wir werden auch dafür sorgen, dass unsere Anliegen entsprechend vertreten werden. Mein Appell an Sie alle: Sorgen Sie dort, wo Sie die Möglichkeit haben, dafür, dass die Generation, in der Teile von uns ja mittlerweile auch schon angekommen sind – aber für die meisten ist es die Eltern- oder vielleicht auch Großelterngeneration –, einen würdigen Lebensabend ohne Sorgen genießen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mahdalik. Ich erteile es ihm.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich wollte schon immer einmal zum Thema Senioren das Wort ergreifen. *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg Mag Thomas Reindl: Bravo!)* Und wie richtig wir heute wieder mit unserer Themenwahl gelegen sind! Wir haben das ja gehört bei den Wortmeldungen unserer Fraktion, da kommt immer von Grün „Kärnten, Kärnten, Kärnten!“ und von Rot kommt „Schwarz-Blau, Schwarz-Blau, Schwarz-Blau!“. *(Abg David Ellensohn: Meschar können wir auch noch sagen!)* Schwarz-Blau, das ist nicht einmal von gestern, das ist schon von vorgestern. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das ist ewig vorgestrige Politik *(Abg David Ellensohn: Meschar!)*, die der Kollege Meidlinger da vertreten hat. Seit 2006 gibt es wieder einen roten Bundeskanzler, aber immer heißt es „Schwarz-Blau, Schwarz-Blau, Schwarz-Blau – Kärnten, Kärnten, Kärnten“, als ob das irgendetwas mit der Wiener Politik, mit dem Versagen der SPÖ, mit dem Versagen der GRÜNEN zu tun hätte, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kollege Meidlinger hat sich ja für das Thema extra bedankt, weil er erstens „Schwarz-Blau, Schwarz-Blau“ noch einmal aufblättern konnte – das haben wir eh schon gehört *(Abg Ing Christian Meidlinger: Nur Blau!)*, aber natürlich auch, um die Segnungen der Erfolge der SPÖ-Politik noch einmal aufs Tapet zu bringen, wo ich mich dann gefragt habe: Welche Segnungen? Welche Erfolge? – Rekordverschuldung, Rekordarbeitslosigkeit, Rekordarmut! *(Abg Ing Christian Meidlinger: Das war bei Schwarz-Blau!)* Sind das die Erfolge? Die Segnungen des roten Wiens, oder die Erfolgsprojekte wie zum Beispiel Skylink, Zentralbahnhof. Ihr kriegt nicht einmal ein

Becken dicht, siehe Stadthallenbad. Das ist seit über einem Jahr gesperrt. Ihr seid überfordert, ein Becken dicht zu kriegen. Was hätten wir denn noch? Prater-Vorplatz, Ronacher, Hauptfeuerwache – lauter rote Erfolgsprojekte.

Da sagt die Wiener Bevölkerung: Danke! Sie hat bei der letzten Wahl – weil wir schon bei den Erfolgen der SPÖ sind – auch danke gesagt. Ihr habt ja eine Absolute verloren. Ein Bombenerfolg! Da habt ihr euch die grünen Beiwagerl reinholen müssen. Ihr habt auf Bundesebene bei der letzten Wahl das schlechteste Ergebnis seit Anbeginn eingefahren, und schließlich und endlich hat der alte und neue Vorsitzende mit 83 Prozent beim letzten Parteitag auch das schlechteste Ergebnis seit Menschengedenken eingefahren. Das sind die Erfolge auf Landes-, Bundes und Parteiebene, für die wir von den Freiheitlichen der SPÖ ganz herzlich gratulieren wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und der Kollege Meidlinger hat ja noch etwas gemacht, er hat uns gezeigt, was herumeiern auf niedrigem Niveau bedeutet. *(Abg Mag Thomas Reindl: Da redet der Beste!)* Ihr könnt über alles reden mit mir, aber nicht über das Herumeiern. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Stimmt, du bist der Experte!)* Denn wenn ich draußen stehe oder drinnen sitze, nenne ich Ross und Reiter und bringe keine Wischivaschi-Anträge ein, mit denen sich ein Badeschwamm wie ein Ziegelstein anfühlt.

Was steht da drinnen? – Die Bundesregierung wird ersucht, die angekündigte Erhöhung der Bezüge von PolitikerInnen im kommenden Jahr nochmals zu überdenken. – Ist schon angesprochen worden. Was heißt denn überdenken? Was wollt ihr jetzt? Wollt ihr es nicht erhöht haben, wollt ihr es mehr erhöht haben, vielleicht 2,8 Prozent oder vielleicht 8,8 Prozent, wie es jetzt auf EU Ebene passiert? Was wollt ihr damit? Nicht überdenken! Nennt Ross und Reiter! Seid ihr für die Erhöhung der Politikergehälter oder nicht?

Wir sagen halt ganz klar, was wir denken, wir eiern nicht herum. Wir bringen einen Antrag ein, in dem steht, die Politikergehälter sollen natürlich nicht erhöht werden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und noch etwas habe ich gemeint mit herumeiern: Warum verquickt man zwei so unterschiedliche Themen wie die Politikergehälter und eine Vermögenssteuer, was auch immer die SPÖ darunter versteht? Wir wissen, was die SPÖ darunter versteht! Da werden ja nicht die Schläffs und die Androschs – und wie ihre sonstigen Freunderl noch heißen – getroffen, sondern der Mittelstand wird wieder belastet und noch mehr abgezockt als bisher. Das ist keine Vermögenssteuer, das ist eine neue Massensteuer, weil die Regierung auf Bundesebene „neger“ ist und weil Wien „neger“ ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich würde den Kollegen Meidlinger bitten, vielleicht nachher noch einmal zu präzisieren, was er in dem Antrag gemeint hat. Ob ihr jetzt dafür seid, dass sie noch mehr erhöht werden – 1,8 – 2,8 – 8,8 – oder dass keine Erhöhung stattfindet. Wir sagen ganz klar in dem Antrag, der gerade auf elektronischem Weg zu den Klubs unterwegs ist ... *(Zwischenruf bei den GRÜNEN: Sehr zei-*

tig!) – Da haben wir von euch in letzter Zeit schon einiges erlebt. Früher habt ihr uns immer geschimpft, ihr habt zum Beispiel bei mir abgestellt, dass am Vortag um 18 Uhr jeder Antrag bei den anderen Klubs ist. Ihr, Rot und Grün, habt es in letzter Zeit einreißen lassen, untertags noch ein paar Anträge von den Freiheitlichen oder von den Schwarzen abzuschreiben, oder selber noch herauszuzaubern. Also habt ihr euch nicht an die Abmachung gehalten. (*Abg Godwin Schuster: Der Mann für den Mittelstand und die Armen!*) Daher werdet ihr uns auch verzeihen, dass wir das, da es sehr wichtig ist, weil wir eine klare Meinungsäußerung des Landtages herbeiführen wollen (*Abg Mag Thomas Reindl: Kein Wort über Meschar!*), in diesem Fall auch einmal gemacht haben. Ich möchte den Antrag, der kurz und bündig und für jedermann leicht zu verstehen ist, deshalb auch verlesen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, die angekündigte Erhöhung der Bezüge von Politikerinnen und Politikern im kommenden Jahr nicht durchzuführen und von der angekündigten Vermögenssteuer Abstand zu nehmen.

In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung.“

Ich darf mich noch für die Aufmerksamkeit bedanken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ganz kurz! Ich möchte über die Unanständigkeiten der FPÖ in diesem Land nicht noch einmal reden, das ist durch die Zwischenrufe eh gekommen. Aber, Herr Mahdalik, zuletzt wurden Sie von der damaligen Vorsitzenden Sigrid Pilz gemahnt, dass Sie mit manchen Begriffen vorsichtig umgehen sollen. Dass sie heute hier zwei Mal den Begriff „neger“ verwenden (*Zwischenrufe bei der FPÖ*), passt vielleicht zu Ihrem Charakter, aber nicht zu diesem Haus, meine Damen und Herren! (*Zwischenruf bei der FPÖ: Lächerlich! – Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge, die vorliegen.

Es liegt der Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Herzog und Ing Bernhard Rösch vor, betreffend Sicherung der Kaufkraft für die pensionierten Beamten Wiens, heute eingebracht in der Sondersitzung des Landtages. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Der Antrag wurde von der FPÖ und dem parteiunabhängigen Abgeordneten unterstützt und hat somit keine Mehrheit.

Der nächste Beschlussantrag stammt ebenfalls von den Abgen Herzog und Ing Bernhard Rösch, betreffend Sicherung der Kaufkraft für die pensionierten Vertragsbediensteten Wiens, eingebracht heute in der Sondersitzung des Landtages. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Der Antrag wurde von der FPÖ und dem parteiunabhängigen Abgeordneten unterstützt und hat somit keine Mehrheit.

Der dritte Antrag ist ein Antrag der Abgen Dipl.-Ing Schicker, Meidlinger und Ellensohn und folgenden Inhalts: „Die Bundesregierung wird ersucht, die angekündigte Erhöhung der Bezüge von PolitikerInnen im kommenden Jahr nochmals zu überdenken sowie für eine gerechte Vermögensbesteuerung zu sorgen, damit künftig Nulllohnstunden für alle vermieden werden können.“ Wir kommen zur sofortigen Abstimmung, die verlangt wird. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von Sozialisten und GRÜNEN mehrstimmig angenommen. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Dann können wir VDU sagen!*) – Na ja, das ist schon eine Zeit her. (*Abg Prof Harry Kopietz: Für das Protokoll können wir Sozialdemokraten sagen!*) – Ja, gut.

Der vierte Antrag ist ein Beschlussantrag der FPÖ-Abgeordneten Herzog sowie Bernhard Rösch und betrifft die Sicherung der Kaufkraft für die Beamten und Vertragsbediensteten Wiens. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Der Antrag wurde von der FPÖ und dem parteiunabhängigen Abgeordneten unterstützt und hat somit keine Mehrheit.

Der fünfte Antrag, der Antrag des Abg Toni Mahdalik lautet: „Die Bundesregierung wird ersucht, die angekündigte Erhöhung der Bezüge von Politikern und Politikerinnen im kommenden Jahr nicht durchzuführen und von der angekündigten Vermögensbesteuerung Abstand zu nehmen.“ Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Der Antrag wurde von der FPÖ unterstützt und hat somit keine Mehrheit.

Somit ist die Abstimmung erledigt.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Ende der Sitzung um 13.29 Uhr.*)